

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2 60 Pf. (davon 60 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. ...

Der "Vorwärts" erscheint wochentags zweimal, Samstags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel "Der Abend", ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Die wichtigste Tageszeitung 80 Pf. ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, ...

Zu wenig Getreide!

Bier Millionen Tonnen fehlen! — Die Getreidepolitik muß revidiert werden! Schweinemord in Nordwestdeutschland.

In den letzten Wochen ist die öffentliche Aufmerksamkeit von der Agrarpolitik abgelenkt worden. Sehr zu Unrecht. Denn der Ausfall der diesjährigen Ernte entspricht nicht den Vorhersagen, die bisher veröffentlicht worden sind. ...

Diese günstige Beurteilung der Versorgungslage ist nicht berechtigt!

Betrachten wir die Entwicklung der Getreidepreise. Anfang September kostete Roggen noch 170 M. die Tonne, heute 195 M. Weizen kostete damals 205, heute 224 M. ...

Zur rechten Zeit erscheint vom Institut für landwirtschaftliche Marktforschung eine Untersuchung der deutschen Getreidebilanz. Als das wichtigste Ergebnis dieser Untersuchung ist anzusehen, daß die durch die ständig verstärkten Schutzmaßnahmen erzwungene geringe Getreidezufuhr des letzten Jahres nur möglich war infolge der in den Vorjahren erfolgten Ansammlung von Vorräten. ...

Die deutsche Landwirtschaft nicht den gesamten Bedarf durch Erhöhung ihrer Produktion decken kann.

Der deutsche Bedarf an Brotgetreide beträgt 4 Millionen Tonnen Weizen und 4,8 Millionen Tonnen Roggen. Die Ernten an Brotgetreide betragen nach Abzug von Saatgut und Schwund bei Weizen 3,7 Millionen und bei Roggen 6 Millionen Tonnen. ...

Wie ernst die Roggenverfälschung selbst von dem unter großagrarischem Einfluß stehenden Deutschen Landwirtschaftsrat angesehen wird, geht daraus hervor, daß er den Landwirten den Rat gibt, möglichst keinen Roggen zu verfälschern, sondern alle marktfähige Ware an die Mühlen zu verkaufen. ...

Wie unverantwortlich diese Preistreiberi für die Futtermittel ist, wird schlaglichtartig durch

Meldungen aus Nordwestdeutschland

erhebt. Dort werden schon jetzt infolge der niedrigen Schweine- und hohen Futtermittelpreise die für die Mast bestimmten Ferkel und Läufer abgeschlachtet, weil sich die Schweinemast nicht mehr für die auf Verkauf von Futtermitteln angewiesenen landwirtschaftlichen Betriebe lohnt. ...

Auch die Geflügelzucht

gehen selbstverständlich bei einer derartigen planmäßigen Treiberei der Futtermittelgetreidepreise zugrunde. Schon jetzt sind allein in der Provinz Brandenburg tausend Hühnerfarmen bankrott gegangen, weil das Verhältnis zwischen den Eierpreisen und den Futtermittelpreisen so ungünstig ist. ...

Es ergibt sich demnach ein Fehlbetrag von über 3 Millionen Tonnen Futtergetreide und annähernd 1 Million Tonnen Brotgetreide.

Was ist zu tun?

Es muß unbedingt soviel Getreide nach Deutschland hereingelassen werden, daß die Versorgung mit Brot und Futtergetreide bis zur neuen Ernte sichergestellt ist.

Auf dem Weltmarkt ist in letzter Zeit ein Umschwung erfolgt, der zum geringeren Teil durch die Währungsvorgänge, in der Hauptsache aber durch die Einschränkung der Getreideanbaufläche in Argentinien und Australien sowie durch den allgemein schlechten Ausfall der Roggenernte verursacht ist. ...

Als notierte Anfang Oktober noch 50 M. je Tonne, gestern dagegen 66 M. Um ein volles Drittel also ist der Weizenpreis gestiegen. Der beste kanadische Weizen kostete am 1. Oktober im Freihafen Hamburg noch 100 M., heute dagegen 123 M. ...

Der einzige Lieferant des Weltmarkts für Roggen ist in diesem Jahr die Sowjetunion. Da der Bedarf der skandinavischen Länder an Roggen in diesem Jahr aber sehr groß sein wird, ist anzunehmen, daß der russische Roggen noch vor dem Winter verkauft sein wird.

Wartet man erst, bis in Deutschland eine tatsächliche Roggenknappheit vorhanden ist, dann ist vermutlich auf dem Weltmarkt kein Roggen mehr zu kaufen.

Es ist also notwendig, daß schon jetzt die Einfuhr möglichst erleichtert wird, um nicht später viel höhere Preise auf dem Weltmarkt anlegen zu müssen.

Das Getreideproblem dieses Jahres besteht nicht darin, wie im vorigen Jahr für eine übergroße Roggenernte Absatz zu schaffen, sondern die Landwirtschaft zu einer Einschränkung der Roggenverfütterung zu veranlassen und außerdem den fehlenden Bedarf möglichst billig im Ausland zu decken. ...

Deshalb ist eine Revision der bisherigen Getreidepolitik notwendig. Die Reichsregierung muß, wenn sie die von ihr stets im Grunde geführte Verantwortung auch in die Tat umsetzen will, den unsinnigen und schädlichen Plänen des Reichsernährungsministeriums, die Futtermittelpreise hochzutreiben, entgegenzutreten und durch Erleichterung der Getreide- und Weizenzufuhr jede weitere Preissteigerung vermeiden, um die Versorgung mit Brot und Futtergetreide sicherzustellen.

Öffentliche Kundgebungen

Gegen die Harzburg-Braunschweiger Reaktion, gegen Inflation und Bürgerkrieg!

Heute, Dienstag, den 3. November, 20 Uhr:

- Hackescher Hof, Rosenthaler Straße 40-41
Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestraße 24
Hochschulbauerei, Seestraße, Ecke Amrummer Straße
Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Straße 42
Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23
Neue Welt, Hasenheide
Türkisches Zelt, Charlottenburg, Berliner Straße 53
Viktoriagarten, Wilmersdorf, Wilhelmsau 114-115
Hohenzollernschule, Schönbg., Belziger, Ecke Eisenach Str.
Lichterfelder Festsäle, Lichterfelde, Zehlendorfer Straße 5
Gohlike Festsäle, Mariendorf, Chausseestraße 43
Spreegarten, Troptow, Alt-Troptow 9
Aula des Reform-Gymnasiums, Lichtenberg, Parkauc.
Ecke Möllendorferstraße
Schloßpavillon, Weißensee, Berliner Allee 205
Hubertus-Festsäle, Reinickendorf-Ost, Provinzstraße 64

Freitag, den 6. November:

- Stadttheater, Köpenick, Friedrichstraße 6
Sonnabend, den 7. November:
85. Abt. Tempelhof, Treffpunkt zur Demonstration 18 1/2 Uhr am Ullsteinhaus am Kanal. — Anschließend große Kundgebung im „Birkenwäldchen“, Manteuffelstraße. Redner: Erich Kuttner, M. d. L.
Redner: Clara Böhm-Schuch, Robert Breuer, Wilhelm Dittmann, Albert Falkenberg, Gertrud Hanna, Ernst Heilmann, Kurt Heinig, Marie Juchacz, Jürgen Jürgensen, Franz Künstler, Erich Kuttner, Karl Litke, Dr. Kurt Löwenstein, Otto Meler, Dr. Julius Moses, Erich Ollenhauer.
Fernersprechen in den Kundgebungen: Otto Grotewohl, Wolfgang Bartels, Paul Junke, Hans Reinowski aus Braunschweig

# Bürgerkriegsbanden wüten.

Hitlers SA. führt das Programm Fritzs aus.

Kiel, 2. November. (Eigenbericht.)

In Heterien gaben die Nazis nach einem von ihnen veranstalteten Deutschen Tag die Parole aus, die Lokale der Nazis zu demolieren. Später stürmten die Rotbunds mehrere Wirtschaften, in denen die Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei und das Reichsbanner Tagungen abhalten. Mehrere Personen wurden schwer verletzt.

Ähnliche Überfälle ereigneten sich auch in Elmshorn, wo eine Nazikaserne den Sammelpunkt aller radikalsten Elemente bildet. Die Nationalsozialisten überfielen zahlreiche Reichsbannerleute mit Gummiknüppeln und Stahlruten. Auch hier wurden zahlreiche Personen erheblich verletzt.

## Offene Drohung im Parlament.

Gegen den Vorsitzenden der Braunschweiger sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Braunschweig, 2. November. (Eigenbericht.)

Im Braunschweigischen Landtag kam es am Montag während der Rede des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion, Dr. Jasper, der eine Große Anfrage wegen der parteilichen Handhabung des von der Regierung erlassenen einseitigen Umzugsverbots begründete, zu fortgesetzten Tumulten. Jasper, der seit mehr als 30 Jahren in der Arbeiterbewegung steht und über sechs Jahre lang in Braunschweig Ministerpräsident war, mußte sich, als er auf den bekannten Wortbruch Hitlers hinwies, von einem jungen nationalsozialistischen Rechtsanwalt, also einem Verfassungskollegen zurufen lassen: „Das kostet Ihnen den Kopf!“ Der nationalsozialistische Präsident des Landtags handhabte die Geschäftsführung parteilich, überhörte beleidigende Zurufe seiner Parteifreunde und ließ sich einen kommunistischen und sozialdemokratischen Abgeordneten von der Sitzung aus.

Naziminister Klages erklärte in Beantwortung der Großen Anfrage, er habe den Polizeibehörden keine Verfügung zugehen lassen, nach der die Verbote der Umzüge nach verschiedenen Gesichtspunkten gehandhabt werden sollten. Auf die Zurufe: „Aber mündlich haben Sie das angeordnet!“ schwieg Klages. Die Schuld an der unterschiedlichen Behandlung schob er zunächst auf die ihm unterstellten Polizeibehörden, bestätigte dann aber, daß er an der Praxis der Polizeibehörden nichts auszuweichen habe. Als er die Schuld an den Überfällen und Mißhandlungen, die sich während der Hitler-Tage ereignet hatten, auf die „Nazisten“ abzuwälzen versuchte, entstand ein

großer Lärm. Der Präsident rügte die sozialdemokratischen Abgeordneten und teilte so viele Ordnungsrufe aus, daß die gesamte Fraktion schließlich aus Protest gegen die Geschäftsführung des Nazipräsidenten die Sitzung verließ.

## Staatsfreigelüste beim Stahlhelm.

„Nationale Diktatur“ — Abschaffung der Verfassung — Ständestaat.

Stuttgart, 2. November. (Eigenbericht.)

Der Stahlhelm „Bundeskanzler“ und „Generalschäfer“, Major a. D. Wagner, hielt in Stuttgart nach einer öffentlichen Rundgebung eine interne „Pressekonferenz“ ab, zu der besondere Einladungen ergangen waren. In dieser Konferenz erklärte Wagner, es sei geradezu kindisch, behaupten zu wollen, daß Brüning nicht national oder kein Frontkämpfer sei. Aber er sei in die Reihe des Parlamentarismus zu sehr verstrickt.

Auf Befragen aus dem Kreise der Pressevertreter, wie sich Wagner die Durchführung des Stahlhelmsprogramms denke, erklärte er u. a., daß der Übergang zum Dritten Reich, das auf ständischer Grundlage aufgebaut sein solle, eine nationale Diktatur sein müsse. Auf die Frage, welche Methode der Stahlhelm zur Außerkräftung der bestehenden Verfassung anwenden wolle, erwiderte er, daß man sich darüber noch nicht ganz klar sei, weil es auf die Entwicklung ankomme. Hitler hoffe, zunächst die einfache, später die Zweidrittelmehrheit im Reich erringen zu können. Der Stahlhelm ziehe den Weg über die Eroberung Preußens vor. Aus weiteren Ausführungen Wagners ging hervor, daß die „nationale Opposition“ in dem Augenblick, in dem sie die einfache Mehrheit hat, also eine Regierung bilden kann, freie Hand zu haben glaubt, u. a. zur Einberufung einer neuen Nationalversammlung. Eine Anfrage, ob die „nationale Opposition“ in diesem Falle eventuell auch von der Gewalt Gebrauch zu machen gedenke, beantwortete Wagner für den Stahlhelm bejahend!

## Umzugsverbot in Preußen.

Der preussische Minister des Innern hat mit Wirkung vom 31. Oktober bis auf weiteres alle Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel verboten. Das Verbot erfolgte auf Grund des § 123 Abs. 2 der Reichsverfassung zur Sicherung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

# Herr von Stauß überflüssig.

Er wird nur noch Politik machen.

Unwiderrprochen wird in der Presse mitgeteilt, daß Herr von Stauß, das vielgenannte Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, am 1. Januar aus dem Vorstand der D. D.-Bank ausscheiden und in den Aufsichtsrat hinüberwechseln wird. Das ist die bei den Großbanken übliche Kalkulation. Weiter wird mitgeteilt, daß Herr von Stauß, der immer schon politischen Ehrgeiz hatte, sich in erster Linie der Politik widmen wolle. Herr von Stauß ist Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei und gehört zu der Gruppe, die nachdrücklich mit der sogenannten nationalen Opposition sympathisiert.

Herr von Stauß stammt aus einer württembergischen Postorenfamilie, hat als Postbeamter angefangen, begleitete Herrn von Gwinner, den Altmächtigen der früheren Deutschen Bank, auf seinen Reisen und stieg so die Stufenleiter hinauf. In der Vorkriegszeit bearbeitete er das rumänische Petroleumgeschäft der Deutschen Bank. In der Nachkriegszeit wurde er in erster Linie im Zusammenhang mit den Verlusten und der Sanierung der Ufa und den Daimler-Werken genannt, zuletzt hat er auch im Schultheiß-Scandal, wo er als Reingier fungieren sollte, offenbar nicht zum Besten abgeschrieben.

Herr von Stauß gehörte als Sachverständiger der deutschen Friedensdelegation zu den Verfassern des Reparationsangebots von 100 Milliarden Mark.

Herr von Stauß hieß früher einfach Herr Stauß. Er heiratete die Tochter des Chefs der deutschen Hochseeflotte, von Müller und wurde durch den Erwerb eines süddeutschen und eines preussischen Ordens geadelt. Er hat auch den Ehrendoktor einer kleinen Universität.

## Schultheiß — ein Fall Großbankdirektoren.

Die „Frankfurter Zeitung“ faßt die Problematik der Schultheiß-Standale in folgender scharfen Kritik zusammen:

„Es handelt sich eigentlich gar nicht nur um einen Fall Schultheiß, sondern um einen „Fall Großbankdirektoren“.

plaz und in dessen Nähe in möglichst absehbarer Zeit einer Behauptung zuzuführen, wie sie der günstigen Verkehrs-lage dieser Gegend entspricht. An anderer Stelle, so zum Beispiel hinsichtlich des Gebäudelomplexes am Marktplatz, wird man wohl auf absehbare Zeit die früher in Aussicht genommenen Pläne zurückstellen und eine vorläufige wirtschaftliche Verwertung des erworbenen Grundbesitzes suchen müssen. Jedenfalls ist es notwendig, daß geprüft wird, ob und in welcher Weise die Vermögens- und Kassenlage der Stadt durch ihre Grundstücks-politik gebessert werden kann. Hierbei ist zu hoffen, daß es mit den Jahren gelingt, eine fühbare Ermäßigung der im Zusammenhang mit der Grundstücks-politik aufgenommenen Schulden zu erzielen und den außerordentlich wertvollen Grundbesitz für die Stadt zu erhalten, soweit sein Besitz im Interesse der Einwohner dieser Stadt und ihrer kommunalen Entwicklung notwendig ist.

um schwerwiegende Vorwürfe gegen maßgebende Direktoren mehrerer Großbanken. Die Problematik läßt sich in wenigen Worten zusammenfassen: die Direktoren jener Großbanken waren zugleich Bankiers und Mitglieder des Aufsichtsrates von Schultheiß. Sie haben mit dem Schultheiß-Konzern und dessen Direktoren Geschäfte gemacht, und sie gerieten in Konflikt zwischen ihren Pflichten als Leiter ihrer Bank und als Verwaltungsmitglieder von Schultheiß. Sie haben als Bankiers Geschäfte gemacht, und an diesen Geschäften, die für die von ihnen zu kontrollierende Gesellschaft ein schweres Risiko in sich schlossen, verdient, und sie haben zugelassen, daß diese Risiken in den Bilanzen von Schultheiß verschwiegen wurden, obwohl sie ihnen bekannt waren.

Man kann also in diesen Fällen nicht behaupten, daß der Aufsichtsrat verlagert habe, weil ihm durch das Handelsgesetzbuch Prüfungsaufgaben auferlegt sind, die zu erfüllen bei dem gewachsenen Umfang der Unternehmungen nicht mehr möglich ist. Man muß vielmehr sagen, daß die Bankdirektoren, insbesondere die Direktoren der Danabank der Commerzbank, um eines kleinen Provisionspostells oder eines kleinen Kursgewinnes ihrer Banken willen in ihren Kammern als Aufsichtsratsmitglieder von Schultheiß bewußt die Augen zugedrückt haben...

Dieser Vorwurf trifft alle Banken, auch die Bank, die sich jetzt für allein unschuldig hält. Auch sie hat Kredit unter Bürgschaft von Schultheiß gegeben, und gerade sie hat den Aktienbesitz des Herrn Kahnenellbogen besitzen. Die Bankentwässerung trug dann dazu bei, daß jede Bank die Geschäfte, die sie mit dem Konzernführer machte, ängstlich geheimhielt...

Die „Frankfurter Zeitung“ schließt ihre Kritik mit folgenden Worten: „Der Kapitalismus läßt sich aber nur rechtfertigen, wenn der Unternehmer neben dem Gewinn auch das Risiko trägt und wenn Verantwortlichkeiten, die versagt haben, daraus die vollen Konsequenzen ziehen müssen. Wenn Akteure schuldlos auf die Straße gesetzt werden, so dürfen Untertanen, die schuldhaft sind, nicht geschont werden.“

## Brüning bei Braun.

Ausprache des Reichskanzlers mit dem preussischen Ministerpräsidenten über die Osthilfe.

Der Reichskanzler stattete am Montagvormittag dem preussischen Ministerpräsidenten Braun nach dessen Genesung einen Besuch im Staatsministerium ab. Bei dieser Gelegenheit fand, wie verlautet, eine Aussprache über die weitere Durchführung der Osthilfe statt. Vor allem soll ein einheitliches Vorgehen von Reich und Preußen gesichert werden.

Als Spion verhaftet wurde in dem jetzt französischen Lemberg an der Rofel der ehemalige bayerische Offizier Baron v. Berg.

Sprengstoffdiebstahl. Aus dem Sprengstofflager des Steinbruchs Radjantau wurden 25 Kilogramm Sprengstoff und 300 Sprengkapseln gestohlen.

Mäßeln aufrechtzuerhalten, solange und soweit nicht ausreichende Unterstützung von anderer Seite erfolgt. Es wird auch in der Regel ein Verlust an Grundvermögen leichter zu ertragen sein als die Abgabe werbender Werke, die gerade auch für die künftige Entwicklung dringend in der Verfügungsgewalt der öffentlichen Hand verbleiben müssen. Außer dem Druck der Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der städtischen Kassen, die für die Durchführung der aller- notwendigsten Sozialpolitik notwendig ist, wird auch noch eine andere Ueberlegung dazu führen müssen, in manchen Städten den Besitz an Grundstücken zu verringern. An sich erscheint jede Aufgabe von Vermögenswerten zur Bestreitung laufender Ausgaben als Vermögensverlust und daher als bedauerlicher Rückgang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Stadt. Wenn aber sehr aktive Grundstücks-politik getrieben worden ist, ohne daß die dafür aufzuwendenden Mittel als Vermögenswerte vorhanden waren, wenn insbesondere die Grundstücks-politik durch Aufnahme kurzfristiger Schulden finanziert worden ist, dann stellt natürlich nur der Ueberfluß der Grundstücks-werte gegenüber den Schulden das tatsächlich vorhandene Vermögen der Stadt an Grundstücken wertmäßig richtig dar. Hierbei haben selbstverständlich alle diejenigen Grundstücke auszuscheiden, deren Besitz zur Durchführung der oben-erwähnten unmittelbaren Aufgaben der Stadt erforderlich ist, da deren Veräußerung selbstverständlich ausgeschlossen ist. Es ist da auf die Schul- und Straßengrundstücke zu verweisen. Hinsichtlich der sonst vorhandenen Grundstücke muß man sich aber über ihren Wert und die Schuldenbelastung klar sein für die einzuschlagende Grundstücks-politik. Es darf hier verraten werden, daß der Ueberfluß der gegenüber früheren Schätzungen sehr stark zurückgesetzten Grundstücks-werte über die Grundschuldschulden für Berlin immer noch einige hundert Millionen Reichsmark beträgt.

Die Schulden — insbesondere die kurzfristig aufgenommenen Gelder — hemmen aber die Bewegungsfreiheit der Stadt und die Zinslast geht über die Einnahmen aus den entsprechenden Grundstücken naturgemäß hinaus. Es besteht daher die Gefahr, daß die Vermögensbilanz sich von Jahr zu Jahr verschlechtert, wenn nicht eine Verringerung der Schulden erfolgt. Diese im Interesse der Aufrechterhaltung des Vermögens der Stadt an Grundstücken erforderliche Minderung der Schulden ist aber heute nur möglich durch Veräußerung eines Teils des Grundbesitzes. Hierbei werden naturgemäß diejenigen Grundstücks-komplexe für eine Abgabe in Aussicht zu nehmen sein, die nach der heutigen Beurteilung der zukünftigen Entwicklung der deutschen Städte zur Förderung kommunaler Interessen voraussichtlich nicht mehr in Frage kommen werden. Es ist ja unbestreitbar, daß neben der allzu peinlichen Uebererschätzung der Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung durch die private Wirtschaft und den hieraus folgenden Fehlinvestitionen von teurem Kapital auch in Kommunen die Ausichten zukünftiger Entwicklung in den letzten Jahren vereinzelt falsch beurteilt worden sind. Es bleibt in der heutigen Zeit daher nicht erspart, aus der neu gewonnenen Erkenntnis die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Hierbei sei auf eine letzte Ueberlegung hingewiesen. Es wird in der Regel nicht Aufgabe kommunaler Grundstücks-politik sein dürfen, im Wettbewerb mit privaten Terraingesellschaften die Grundstückspreise in der Stadt und insbesondere in ihren Außengebieten hochzutreiben, um von dem möglichst hohen Zwischengewinn zu profitieren. Eine in dieser Hinsicht überspannte Politik schädigt — im Falle des Erfolges — die kommunale Wirtschaft stärker, als sie den kommunalen Finanzen nützt. Im Falle des Mißerfolges bedeutet eine solche kommunale Grundstücks-spekulation großen Umfangs naturgemäß eine starke finanzielle Belastung. Die allgemeinen Lebenshaltungskosten für die Bevölkerung können durch eine übersteigerte Preispolitik für Grund und Boden zweifellos beeinflusst werden, woraus sich die Auswirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen hierin günstiger gestellten Städte ergibt. Es wird daher vorerst nicht zu erwarten sein — die Grundstücks-politik nicht ausschließlich von finanziellen, sondern auch von allgemeinen kommunalpolitischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Vorerst bleibt das Entscheidende, Einnahmen und Ausgaben städtischer Grundstücksverwaltung in Einklang zu bringen, die hohen Zinslasten durch eine vorsichtige Veräußerung nicht benötigten kommunalen Geländes abzubauen und von einer aktiven Grundstücks-politik hinsichtlich des Grund-erwerbs schon aus den sattsam bekannten finanziellen Gründen Abstand zu nehmen.

Die unvermeidlichen Folgerungen aus der allgemeinen Wirtschaftslage und der Finanzlage der Stadt Berlin für ihre Grundstücks-politik werden also dazu führen, daß von dem umfangreichen und wertvollen Grundbesitz Teile abge-gelassen werden. Hierbei ist leider nicht mehr so sehr an den Wohnungs-neubau zu denken, da dessen Förderung durch staatliche Mittel in Zukunft kaum noch in sehr großem Umfang zu erwarten ist. Dagegen wird ein Teil für Kleingärten, insbesondere auch für Erwerbslosenkleingärten bereitgestellt werden. Wenn auch bei dieser Verwendung der Pachtzins dem Werte des Grundstücks in der Regel nicht entsprechen wird, so muß doch aus sozialpolitischen Gründen den Erwerbslosen eine Hilfe durch Bereitstellung von Kleingartengelände gewährt werden. Auch grundstücks-politisch wird die Maßnahme nicht bedenklich sein, da die hierfür vorzusehenden Geländeflächen aus den Gründen der Wirtschaftsdpression sowieso in absehbarer Zeit für andere Zwecke nicht verwendbar sein werden.

Für die Geländebereitstellung im Interesse des Wohnungsbaus und der Kleingartenbewegung kommen naturgemäß in erster Linie die städtischen Besitzungen in den Außengebieten in Frage, vor allem wohl auch ein Teil der in den letzten Jahren erworbenen Güter. In der Innenstadt dürfte das stärkste Interesse den im Zusammenhang mit den U-Bahnbauten erworbenen Grundstücken entgegengebracht werden. Hier wird es erwünscht sein, die noch in städtischem Besitz befindlichen Grundstücke am Alexander-

Falsche Verkehrspolitik. Auch Verkehrsausschuß auf falschem Wege.

Die Beunruhigung, die die drohende Verkehrseinschränkung in die Berliner Bevölkerung gebracht hat, ist durch den neuen Vorschlag des Verkehrsausschusses, der einen vom Aufsichtsrat der BVG eingeleiteten Unterausschuß darstellt, nicht behoben worden.

eine starke Verkehrsverteuerung eintritt. Die Fahrgäste könnten nämlich nach erfolgter Einziehung der betreffenden Linien nicht mehr die erst kürzlich herausgegebenen Sammelkarten benutzen, sondern müßten in den meisten Fällen einen Umsteiger lösen, was eine Verteuerung der einzelnen Fahrt um 10 Pfennig bedeuten würde.

Nach unseren genauen Feststellungen ist es gänzlich untragbar, die Straßenbahnlinien 48, 199, 89 und 66 einzuziehen.

Die Linie 199 gehört zu den Linien mit dem stärksten Berufsverkehr. Beinhaltet es bei der Linie 48. Ganz unmöglich ist eine Ausnahme der Linie 66 aus dem Verkehr, deren Wagen schon heute in den Hauptverkehrszeiten stets überfüllt sind.

Neufölln ohne Omnibusverkehr?

Berühmterweise erscheint uns auch der Vorschlag, die Autobuslinien 4 und 30 einzuziehen. Das würde bedeuten, daß der große Arbeiterbezirk künftig ohne jede Omnibusverbindung bleibt.

Einige Einschränkungsmahnahmen stellen sich bei genauer Nachprüfung als so grotesk heraus, daß man annehmen könnte, sie seien lediglich wegen der Freude am Verändern zustande gekommen.

Wir stellen noch einmal fest: der Westen bleibt nach den Beschlüssen des Ausschusses gut versorgt, Steglitz z. B. behält alle seine Straßenbahnlinien, aber den Arbeiterbezirken sollen wichtige Linien mit stärkstem Berufsverkehr genommen werden.

An einem Abend 4 Raubüberfälle. Mehrere tausend Mark Mielen erbeutet. — Täter entkommen.

In den gestrigen späten Nachmittags- und Abendstunden herrschte beim Raubdezernat des Berliner Polizeipräsidiums Hochbetrieb. In einem Zeitraum von knapp zwei Stunden liefen nicht weniger als vier Meldungen von Raubüberfällen ein.

Einer der Täter postierte sich an der Tür, während sein Spiegelgeselle auf ein Regal zuschritt, wo in einem Schubfach die Mietgelder lagen.

Der Täter erbeutete rund 2700 Mark.

Das Geld wurde in eine Aktentasche gesteckt. Unter Drohungen flüchteten die Banditen. Der alte Mann alarmierte, nachdem er sich vom ersten Schreck erholt hatte, die Polizei. Von den Räubern war natürlich keine Spur mehr zu entdecken.

In der Finnländischen Straße 13 erbeuteten vier Burschen etwa 250 Mark Mietgelder. Der Eigentümer des Hauses befand sich um 6 Uhr nachmittags in der Wohnung des Portiers Lungteil, um mit der Frau, die allein anwesend war,

abzurechnen. Frau L. hatte gerade das Geld aufgezählt, als vier Burschen, von denen einer mit einer Pistole bewaffnet war, eindringen; sie rissen das Geld an sich und ergriffen die Flucht.

Das dritte Opfer eines Raubüberfalls wurde die 35 Jahre alte Zeitungsfrau Gertrud Föde aus der Paul-Singer-Straße. Frau F. kassierte im Hause Gollnowstr. 25 die Zeitungs-gelder.

Ein weiterer räuberischer Überfall wurde am Montagnachmittag in der Staliger Str. 66 verübt. Gegen 1/5 Uhr klingelte es an der Wohnung des Maurers Jander.

In den späten Abendstunden des 29. Oktober drangen zwei Maskierte in das Anwesen des 75jährigen Landwirts Zingelmann in Groß-Kreuz ein. Die Banditen schlugen Z. und seine 68jährige Frau mit einer Ehenstange nieder und raubten 400 Mark, die in einem Koffer untergebracht waren.

Raubüberfall vor Aufklärung.

In den späten Abendstunden des 29. Oktober drangen zwei Maskierte in das Anwesen des 75jährigen Landwirts Zingelmann in Groß-Kreuz ein. Die Banditen schlugen Z. und seine 68jährige Frau mit einer Ehenstange nieder und raubten 400 Mark, die in einem Koffer untergebracht waren.

Überfall auf Bankboten.

Durch drei Revolvergeschüsse niedergestreckt.

Bad Segeberg, 2. November.

Ein Bote der Segeberger Vereinsbank wurde heute gegen Abend vor dem hiesigen Postgebäude von drei jungen Leuten überfallen und durch drei Revolvergeschüsse in den Rücken niedergestreckt.

Begen öffentlicher Beleidigung des Polizeipräsidenten und der Polizeibeamten wurde der kommunistische Schlosser Franz L. vom Schöffengericht Berlin-Mitte zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

Er hatte sich darüber geäußert, daß eine kommunistische Veramlung von der Polizei aufgelöst worden war, und hatte an den Polizeipräsidenten auf offener Karte geschrieben, daß die Beamten „Schergen des Polizeipräsidenten“ seien, die wie „Raubtiere, Bestien und Hyänen und wie eine wildgewordene Soldateska gemüht“ hätten.



Familie Lorient Roman von Gise Möbus

Aber nicht ganz so einheitlich steht das Lehrkollegium ihr gegenüber. Der Klassenlehrer zwar ist ein begeisterter Anhänger des Frauenstudiums. Er hält sogar hier und da eine kleine Rede über dieses Thema und ermahnt die Jungen, die Klassenkameradin durchaus als gleichberechtigt anzuerkennen.

Seit Wochen denkt sie darüber nach, wie sie sich wehren kann gegen diese Übergriffe. Auf dem Nachhauseweg reden ihr die Jungen zu, es doch endlich ihren Eltern zu erzählen, wie sie hier behandelt werde, und jeder bietet sich an, sie zu unterstützen.

Aber eines Morgens, als die Jungen im Turnsaal sind und die Schülerin eine freie Stunde hat, klopft es leise und bescheiden am Zimmer des Direktors. Und als Dr. Höhler sein etwas resigniert klingendes „Ja?“ brummt, da öffnet sich die Tür, und die Sextanerin Germaine Lorient tritt herein.

„Entschuldigen Sie bitte, daß ich Sie störe“, sagte sie ganz leise, „aber Sie können sich denken, daß ich nicht zu Ihnen gekommen wäre, wenn nicht alles sehr schlimm stände.“

„Denken Sie bitte nicht, daß ich Herrn Wlfamer bei Ihnen verpehen will. Ich peke nie, da können Sie die Jungen fragen. Aber soweit darf er es nicht treiben. Ich muß in seinen Stunden allein ganz hinten sitzen. In jeder Stunde sagt er mir, ich hätte überhaupt kein Recht, an seinem Unterricht teilzunehmen, ich solle machen, daß ich hinauskomme.“

Dr. Höhler hatte den Federhalter, den er in der Hand gehalten hatte, vor sich hingelegt. Er hatte auch das Unge-wöhnliche der ganzen Situation vergessen.

„Ich werde mit Herrn Wlfamer sprechen und alles ins Reine bringen, sei weiterhin so fleißig wie bisher, dann wird alles gut werden.“ Er reichte ihr abschiednehmend die Hand.

„Ich werde mit Herrn Wlfamer sprechen und alles ins Reine bringen, sei weiterhin so fleißig wie bisher, dann wird alles gut werden.“ Er reichte ihr abschiednehmend die Hand.

Dr. Höhler legte ihr etwas ungeduldig die Hand auf die Schulter. „Ist schon gut, ich werde es schon machen.“

„Ich werde mit Herrn Wlfamer sprechen und alles ins Reine bringen, sei weiterhin so fleißig wie bisher, dann wird alles gut werden.“ Er reichte ihr abschiednehmend die Hand.

Der Direktor strich ihr über das dunkle Haar. „Ja, Germaine, sagte er bezwungen, „das mußt du tun!“

Kontinuation folgt

# Goebbels und Helldorf.

## Bestürzung bei den Nazis über eine Aussage.

Die gestrige Verhandlung im Helldorf-Prozess wartete mit zwei Sensationen auf, einem Beweisangebot der Verteidigung und einem Zeugen der Staatsanwaltschaft. Der Sensationsantrag der Verteidigung aus dem Munde des Kasseler Rechtsanwalts Dr. Freißler erwies sich als Seifenblase, deren Spritzer auf die Angeklagten selbst herniederfielen. Der Zeuge der Staatsanwaltschaft, der Kriminalkommissar Feistel, erzählte von einem Gewährsmann, der über eine Besprechung zwischen Goebbels und Helldorf Bescheid wußte; Es sei unter den beiden abgemacht worden, am 12. September auf dem Kurfürstendamm eine Erwerbslosen demonstration zu inszenieren. Eigentlich hätte man nun erwarten können, daß Goebbels sich angefichts einer derartigen Behauptung beissen würde, der Ladung des Gerichts Folge zu leisten, um sie unter seinem Eide zu widerlegen. Dr. Goebbels war aber nicht erschienen. In einem Schreiben an das Gericht teilte kein Privatsekretär Schimmelmann mit, daß die Ladung dem Zeugen Goebbels nicht eingehändigt werden konnte; er befinde sich augenblicklich in Danzig und beabsichtige eine Studienreise durch das Danziger Gebiet zu machen. Skeptiker werden vielleicht der Ansicht sein, daß Dr. Goebbels es vorgezogen hat, der eidlichen Aussage in diesem Falle aus dem Wege zu gehen. Graf Helldorf tritt selbstverständlich eine derartige Unterredung ab; er ist ja Angeklagter und kann nicht vereidigt werden.

Unmittelbar vor der gestrigen Mittagspause rückte Rechtsanwalt Dr. Freißler mit neuen Beweisangeboten heraus. Er sagte ungefähr folgendes: Auch der Verteidigung erscheint der Gedanke naheliegend, daß von irgendeiner Seite eine planmäßige Führung der Kurfürstendamm-Demonstrationen stattgefunden hat. Da diese Führung unter keinen Umständen von den offiziellen Stellen der NSDAP, oder der SA, ausgegangen ist, so bleibt nur eine einzige Erklärung, die die Verteidigung zu konkreten Anträgen veranlaßt. Es sei seit langer Zeit bekannt, daß die preussische Polizei versucht, gewisse Vorgänge zuungunsten der NSDAP, auszuwerten und zu gestalten. Die Verteidigung beantragt zu diesem Punkte den im Saale anwesenden Polizeioberstleutnant Schulz zu vernehmen. (Polizeioberstleutnant Schulz verläßt auf Veranlassung des Vorsitzenden den Gerichtssaal.) Hinzu kommt, daß im Preussischen Landtage vom Vertreter des preussischen Innenministeriums zugegeben worden ist, daß die preussische Polizei mit Spiegeln, ja mit Lockspiegeln arbeite. Schließlich ist mir von mehreren Gewährsmännern bekanntgemorden, daß den verschiedenen preussischen Stellen ein Rundschreiben zugegangen ist, in dem empfohlen wird, sich der Hilfe der Reichsbannermitglieder zu bedienen und sie mit Hilfe von Geld in die SA-Organisationen zu entsenden, damit sie diese aufwiegen. Dieses Rundschreiben ist ergangen kurze Zeit vor den Vorfällen auf dem Kurfürstendamm. Hinsichtlich der Lockspiegel im Falle Kurfürstendamm ist von uns festgestellt worden, daß sie an eine Anzahl verantwortlicher Mitglieder der SA, herantreten sind. Rechtsanwalt Dr. Triebel beantragt, ergänzend eine Reihe Zeugen zu laden, die bekunden würden, daß SA-Leute verschiedentlich in Schreibmaschinenschrift hergestellte Aufsätze per Post zugegangen seien, die die Unterschrift trugen „Einige SA-Leute“; kurz vor dem 12. September seien auf dem gleichen Wege

an SA-Leute Handzettel verschickt worden, in denen die SA-Leute ausgerufen wurden, sich am 12. September zwischen 8 und 9 Uhr zu Demonstrationszwecken auf dem Kurfürstendamm einzufinden.

ferner beantragt Dr. Triebel die Ladung des „Zeugmeisters“ von der Hedemannstraße, der bekunden würde, daß Windjacken und Widelgamaschen bereits seit Jahren nicht mehr an die SA-Leute verkauft würden. So der Antrag der Verteidigung. Kaum ausgesprochen, wurde er aber auch schon zurückgezogen. Der Vorsitzende regte an, daß die Verteidiger sich wegen der Anträge mit den Angeklagten beratschlagen mögen. Das Ergebnis war überraschend. Dr. Freißler erklärte im Namen der Angeklagten und der Mitverteidiger, daß die ersteren die Anträge für überflüssig hielten, da sie sich ihrer Unschuld bemüht seien, die Verteidigung habe deshalb beschließen sie nur als Eventualanträge zu stellen. Man konnte sich dabei ja sein Teil denken. Weshalb haben die Verteidiger nicht einige der oben erwähnten Handzettel mit der Aufforderung zur Kurfürstendamm demonstration dem Gericht vorgelegt? Weshalb ist von diesen Zetteln nichts in der ersten Verhandlung bekanntgegeben worden. Erstfrieren etwa die Zettel damals noch nicht? Was es aber mit der Lockspiegeltheorie auf sich hat, erfährt man von dem Zeugen der Staatsanwaltschaft.

Kriminalkommissar Feistel hatte der Staatsanwaltschaft einen Bericht zugestellt, in dem er seine Unterhaltung mit einem Gewährsmann der Abteilung IA niedergelegt hatte. In diesem Bericht hieß es: Der Gewährsmann erzählte von einer Besprechung, die zwischen Goebbels und Helldorf auf Anregung des ersteren stattgefunden hatte.

Goebbels hatte zu erwagen gegeben, ob nicht zu den jüdischen Feiertagen erwerbslose SA-Leute geschickt werden sollten.

Graf Helldorf kam in einer Aussprache mit seinem Standartenführer zum Ergebnis, daß eine derartige Demonstration nicht gut zu heißen sei, da man unter Umständen dem Vorwurf ausgesetzt sein würde, man habe die Erwerbslosen als Kanonensutler gebraucht und sie den Zugriffen der Polizei ausgeliefert. Es wurde deshalb beschlossen, für Sonnabend sämtliche Ausmärsche und Ausfahrten abzubestellen und alle verfügbaren SA-Leute auf den Kurfürstendamm zu schicken. Graf Helldorf sollte in einem Opelwagen die Demonstration kontrollieren und nötigenfalls Anweisungen erteilen. Am 2. Oktober fand eine Besprechung der Standartenführer statt, in der mitgeteilt wurde, daß die Staatsanwaltschaft eine Liste sämtlicher SA-Führer angefordert habe. Man war sich nicht klar darüber, zu welchem Zweck das geschehen sei. Entweder wolle man sämtliche SA-Führer verhaften oder sie in die Verhandlung zitieren, um sie danach zu fragen, welche Anweisungen sie für den 12. September erhalten hätten. Man beschloß, die Herausgabe der angeforderten Liste zu verweigern, ferner die SA-Leute, sofern sie zur Verhandlung geladen werden sollten, anweisen, entweder auszusagen, daß sie nicht auf dem Kurfürstendamm gewesen seien, oder, falls

sie erkannt worden sein sollten, zu sagen, daß sie in einer Kneipe gewesen seien. Die Aussage des Kriminalkommissars Feistel rief bei der Verteidigung eine gewisse Bestürzung hervor. Er wird geradezu mit Fragen bestürmt, ob er den Namen des Gewährsmannes nennen wolle, ob der Gewährsmann bereits längere Zeit in der Abteilung IA arbeite, usw. Auf Antrag der Verteidigung beschließt das Gericht, bei der vorgelegten Behörde des Zeugen um eine schriftliche Aussagegenehmigung mit Angabe der Grenzen der Aussagegenehmigung anzufordern.

Im übrigen bot die Verhandlung wenig Bedeutsames. Der famose Standartenführer Hauptmann a. D. Schmidt, der auf die Frage des Vorsitzenden nach seinem Beruf am Sonnabend die Antwort gab, SA-Führer, versucht heute die für Graf Helldorf und die SA-Führung belastenden Aussagen der beiden SA-Leute, die bei ihrer polizeilichen Vernehmung mit voller Eindeutigkeit dargestellt haben, wie sie von ihren Führern zur Teilnahme an der Kurfürstendamm-Demonstration aufgefordert worden sind, durch die Behauptung zu entwerten, die Polizei habe versucht, auch ihm eine Antwort in den Mund zu legen. „Sie sind aber darauf nicht eingegangen“, meint der Vorsitzende ironisch. Staatsanwalt Dr. Stehlig: Hat am Donnerstag eine Be-

sprechung der Standartenführer stattgefunden? Fängt! Nein, Rechtsanwalt Dr. Sad: Es schweben ja in dieser Richtung Ermittlungen; es wurden ja gestern verschiedene SA-Führer von der Kriminalpolizei aus den Wohnungen geholt.

Für die Denkart des „Jungfahrlühners“ Brandt ist eine Episode bezeichnend, die sich auf dem Gefängnis Hof abspielte. Herr Brandt hatte in seiner kindlichen Eitelkeit nichts Wichtigeres zu tun, als beim Betreten des Spazierhofes das Stahlhelmabzeichen anzustechen. Die übrigen Gefangenen erblickten darin eine Provokation; sie machten sich teils darüber lustig, teils reagierten sie darauf mit politischen Ausrufen. Der Untersuchungsgefangene Gerson, ein politisch neutraler Mensch, eher deutschnational als kommunistisch gesinnt (wie er das wenigstens von sich behauptet), mußte über das Ganze lachen. Darüber aufgebraut, rief Brandt dem Lachenden zu: „Schade, daß du nicht auch auf dem Kurfürstendamm gewesen bist, da hätte man dir auch wie bei denen Glaubensgenossen die Jacke vollgebrochen!“ Der Gefangene Henry Defries bestätigte die Aussage Gersons.

Die Kameraden des Angeklagten Brandt, die Mitinsassen seines Zulos waren, versuchten die Pöbelhölle auf dem Kurfürstendamm nach Möglichkeit harmlos darzustellen. Als ein junger Student seinen verletzten Freund in Begleitung einer Krankenschwester zur Rettungsstelle brachte, rief ein Nationalsozialist ihm zu: „Wir haben schon mehr solche Schweine abgestochen.“

Am Mittwoch werden die letzten Zeugen vernommen, u. a. auch achtzehn in der ersten Verhandlung verurteilte Nationalsozialisten. Man hofft, bereits am Mittwoch auch mit den Plädoyers beginnen zu können.

# Heiraten unmodern.

## Folge: Starker Geburtenrückgang / Berlin an erster Stelle.

Es gibt zwar das Wort, daß niemand so gut zu lügen verstände wie die Statistik. Dieses Wort ist, wie die meisten geistreich zugespitzten Bemerkungen, übertrieben, und wir können wohl der Veröffentlichung des Preussischen Statistischen Landesamts zustimmen, wenn uns mitgeteilt wird, daß auch im zweiten Vierteljahr 1931 das Sinken der Heiratshäufigkeit, das etwa um die Mitte des vorigen Jahres einsetzte, weiter angehalten hat.

Sprechen wir in runden Ziffern! 99 000 Eheschließungen im gleichen Zeitraum 1930 stehen in diesem Jahre nur 91 000 gegenüber. Diese Ziffern beziehen sich auf den Gesamtbereich des Freistaats Preußen. Berlin mit seiner Millionenbevölkerung, die am meisten von den wirtschaftlichen Nöten der Zeit betroffen wird, hat bei dieser Abnahme die Führung. Die Ziffer weist einen Rückgang an Eheschließungen von 22 Proz. auf. Brandenburg und Hessen-Rhassau zeigen gleichfalls einen starken Rückgang. Soziologisch ist interessant, daß aus Oberschlesien, der Grenzmark und Ostpreußen, bei denen es sich entweder um ländliche Bevölkerung oder um von der Kirche stark beeinflusste Schichten handelt, höhere Eheschließungszahlen gemeldet werden als im Jahre 1930. Die Gründe für den sonst allgemein festzustellenden Rückgang sind leicht darzulegen: die ungeheure wirtschaftliche Not, die schreckliche Zahl arbeitsloser Menschen sagt genug. Wer soll sich, wenn er ohne Arbeit und Brot und nur auf öffentliche Unterstützung angewiesen ist, den Mut leisten, eine Familie zu gründen, wo er nicht weiß, ob er ein Heim und ob er zu essen haben wird?

So ist es nur erklärlich, daß auch die Geburtenzahl im zweiten Vierteljahr 1931 zurückging. 186 000 Geburten im Vorjahr stehen 1931 169 000 gegenüber, das ist ein Rückgang von nahezu 10 Proz. Es ist wiederum der Fluß der Arbeitslosigkeit, der zu diesem Rückgang führt. Auch hier sind es die städtischen und industriellen Gebiete, die die größte Abnahme aufweisen. Verhält-

nismäßig gering war dagegen der Rückgang in Ostpreußen, Oberschlesien und Schleswig-Holstein.

Demgegenüber ist es erfreulich, daß die Sterbeziffer um 1,9 Proz. gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist. Der Rückgang in der Gesamtzahl der Gestorbenen ist außer auf die Verringerung der Totgeburten, die der Gesamtabnahme der Geburten parallel ging, vor allem auf das Absinken der Säuglingssterbefälle zurückzuführen.

Da die Abnahme der Geburtenzahl wesentlich größer gewesen ist als die der Sterbefälle, ergibt sich für das Berichtsvierteljahr eine weitere Schmälerung des Geburtenüberschusses. Während dieser im zweiten Vierteljahr 1930 noch 68 322 betragen hatte, ging er jetzt auf 53 112 zurück.

## Gegen rücksichtslose Fahrzeugführer.

Die notwendig der Kampf gegen rücksichtslose Kraftfahrzeugführer ist, zeigt die polizeiliche Statistik, aus der wir diese Zahlen wiedergeben:

In ihrem Kampf gegen rücksichtslose Kraftfahrzeugführer hat die Polizei im Monat September im ganzen 2035 Strafbefehle, 1829 Verwarnungen erlassen. Darunter befanden sich 320 Strafbefehle und 381 Verwarnungen wegen vorschriftswidrigen Fahrens, 25 wegen Nichtbeleuchtung der hinteren Erkennungszeichen und 69 Verwarnungen, 108 wegen Benutzung von Kraftfahrzeugen auf gesperrten Straßen und 117 Verwarnungen, 89 wegen Raubbelästigung und 98 Verwarnungen, 179 wegen Geräußbelästigung und 10 Verwarnungen, 420 wegen Uebertretung der Droßkennordnung und 318 Verwarnungen, 231 wegen Parkens an verbotener Stelle und 334 Verwarnungen, 213 wegen sonstiger Verstöße und 274 Verwarnungen.

## Ein neuer Versicherungsprozeß.

### Direktor Damm und seine gelbe Erfolgslapete.

Während in Frankfurt der Prozeß um den Fanag-Versicherungsstandal noch läuft, hat jetzt auch in Berlin vor dem Schöffengericht Berlin-Charlottenburg ein Versicherungsprozeß begonnen, und zwar gegen den Regierungsrat a. D. Damm, den früheren Direktor des Verbandes deutscher Feuerversicherungsanstalten. Die Anklage lautet auf Untreue und Unterschlagung von etwa 100 000 Mark. Die zur Verhandlung stehenden Vorgänge liegen bereits fünf Jahre zurück. Gleich am ersten Verhandlungstag kamen merkwürdige Dinge über diesen prominenten Wirtschaftsführer zur Sprache. Damm glaubte an die Sterne und ließ sich sein Arbeitszimmer gelb tapezieren, weil gelb die Farbe des Erfolges sein soll.

Der Verteidiger, A. A. Dr. Pindar, beantragte, den Angeklagten auf seinen Geisteszustand zu untersuchen, und begründete den Antrag damit, daß Regierungsrat Damm nach einer Schußverletzung im Kriege an Angstzuständen leide. Auf Befragen erklärte der Angeklagte Damm, daß er sich seit Jahren mit Astrologie und Okkultismus befaße. Er habe sich bei jeder Gelegenheit die Jahres- und Tagesprognosen stellen lassen. Auch seine geschäftlichen Maßnahmen habe er danach eingestellt. Vorsj: Sie haben doch aber große Mißerfolge gehabt? Angel: Trotzdem glaube ich an die Befragung der Sterne. Die Sterne trügen nicht. Der inzwischen erschienene Arzt Dr. Leibbrand gab an, daß bei dem Angeklagten eine organische Erkrankung des Zentralnervensystems vorhanden sei. Aus dieser pathologischen Grundlage habe sich bei dem Angeklagten, unter Einwirkung okkultistischer Ideen und spiritistischer Phänomene, ein geistiger Verwirrungszustand ergeben, der außerordentliche Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit zur Zeit der hier unter Anklage stehenden Untreuehandlungen rechtfertige. Die Abhängigkeit von okkulten Ideen sei so groß gewesen, daß Damm nicht nur aus dem Okkultismus und Spiritismus seine Direktiven für die Geschäfte des Feuerverbandes entnommen habe, sondern, daß er auch z. B. für das Arbeitszimmer seines Privatbüros sich eine gelbe Tapete gewählt habe, weil gelb für ihn, der im Zeichen des Kreuzes geboren ist, die Farbe des Erfolges bedeute. Der Sachverständige Dr. Kronfeld erklärte, auf Grund der Verhandlung und des Gutachtens des behandelnden Arztes wolle er soweit gehen, daß eine bedeutend herabgesetzte Zurechnungsfähigkeit

bestehe, aber nicht soweit, wie Leibbrand es schilderte, daß die Grenze des Zweifels erreicht sei. Die Verhandlung, die voraussichtlich schon am Ende der Woche erledigt sein wird, findet am Dienstag ihre Fortsetzung.

## Im Interesse der Kleingärtner.

### Fahrpreisermäßigung bleibt. — Erfolgreiches Bemühen des A.D.G.B.

Den dauernden Vorstellungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bei der Direktion der Reichsbahn ist es zu verdanken, daß die Kleingärtner auch im Winter zu stark ermäßigten Preisen fahren können.

Die Reichsbahn hat sich entschlossen, die 50prozentige Fahrpreisermäßigung für Kleingärtner auch während der Wintermonate bestehen zu lassen. Bisher wurde diese Tarifiermäßigung, die schon vor Jahren eingeführt worden ist, nur während der Zeit vom 1. März bis 31. Oktober gewährt, da im allgemeinen während der Wintermonate die Kleingärtnerbestellung ruht. Mit der Beibehaltung dieser Fahrpreisermäßigung für Kleingärtner auch während der Wintermonate will sich die Reichsbahn in den Dienst der in diesem Winter von Reichs- und Länderregierungen besonders geförderten Erwerbslosenfriedlung und Kleingartenbewegung stellen. Wir empfehlen allen Kleingärtnern, die von dieser Vergünstigung betroffen werden, die alten Ausweisarten sorgfältig aufzubewahren.

Die Voruntersuchung gegen den kommunalen Ueberbrück wegen Vorbereitung zum Hochverrat ist durch den Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Braune, auf Antrag des Oberstaatsanwalts eröffnet worden. Gleichzeitig wurde Haftbefehl gegen Ueberbrück erlassen.

Wohltätigkeitsfest der Berliner Feuerwehr. Am 4. November findet auch in diesem Jahr ein Wohltätigkeitsfest zugunsten des Erholungsheims der Berliner Feuerwehr in den gesamten Festtagen des Zoologischen Gartens statt. Neben dem künstlerischen Programm mit besonderen Attraktionen sind Vorführungen der Reiterturner der Berliner Feuerwehr vorgesehen. Mehrere Kapellen spielen zum Tanz und eine größere Tambora wird einen besonderen Anziehungspunkt bilden. Eintrittskarten sind bei den Theaterkassen der Warenhäuser, Inwallbank, Seite u. Post zum Preise von 3 Mark erhältlich.

Frischer Atem: Odol Weisse Zähne: Odol Zahnpasta

# Chinas Boykott gegen Japan

## Wirtschaftliche Waffen gegen Bombenflieger

China tritt den Japanern in der Mandchurei nicht mit Waffengewalt entgegen; es appelliert an den Völkerbund. Nicht etwa weil die Regierung der Generale Tschang-Kai-Schek und Tschang-Hsié-Liang so friedlich gelonnen wäre, sondern weil militärischer Widerstand so gut wie aussichtslos ist. China kämpft mit anderen Waffen, mit wirtschaftlichen, die keine blutigen, aber deshalb nicht weniger schwere Wunden schlagen: mit dem Boykott. Nicht in China allein, überall, wo Chinesen leben, in Singapur wie in Bangkok, in Melbourne wie in San Francisco, boykottieren sie japanische Waren, widerrufen erteilte Aufträge, vergeben neue an die Konkurrenten der Japaner; Hafenarbeiter weigern sich, japanische Schiffe zu entladen; Studenten führen Berräter am Boykott in Holzstäben durch die Straßen und verbrennen ihre Lager; aus Japan kommende, nach Japan gehende Güter werden aus den Zügen geholt — mögen sie verderben und verfaulen. Von der ungeheuren Wucht der Bewegung, mehr von ihrer Raserei, möge ein Beispiel zeugen. In Hankau sind nach der Ueberschwemmung Seuchen, Typhus und Cholera, ausgebrochen.

Man bestellte Chloroform zur Desinfizierung. Er wurde nicht transportiert, weil er aus Japan kam!

Der Boykott trifft die japanische Wirtschaft sehr schwer. Japans Ausfuhr geht in zwei Hauptrichtungen, nach den Vereinigten Staaten und in die asiatischen Länder. In den Jahren 1925 bis 1929 nahm Amerika im Durchschnitt 42 Proz. des japanischen Exports auf, zu mehr als vier Fünftel Kohle. Ostens Anteil am Export betrug überhaupt 43 Proz., der Chinas 27 Proz. Sieht man von dem Seldeneport ab, so entfallen auf alle asiatischen Länder 68, davon auf China 43 Proz. Mehr als die Hälfte dessen, was Japan an Textilien ausführt, geht nach China. Bedenkt man noch, daß ein bedeutender Teil der japanischen Ausfuhr nach Siam, Französisch-Hinterindien, Niederländisch-Indien und in die Südee die Hilfe des chinesischen Mittlers nicht entbehren kann, dann versteht man, was der Boykott durch die Chinesen für Japan bedeutet.

Der heutige ist der siebente innerhalb eines Vierteljahrhunderts, der größte und umfangreichste. Wie weit er sich als neuer Stützpunkt in der krisengeschüttelten Weltwirtschaft wird bemerkbar machen, ist noch nicht zu sagen. Selbst wenn es den japanischen Drohungen gelingt, von der chinesischen Regierung ein Verbot des Boykotts zu erpressen, wird er nicht so bald erlöschen. Das lehrt die Geschichte der früheren Boykottbewegungen. 1908 beschloß die chinesische Behörde das japanische Schiff Tschiu-Maru — wie die Japaner behaupteten, in portugiesischen Gewässern bei Makao, nach chinesischer Verdon im Hoheitsgebiet Chinas —, weil es Waffen schmuggeln wollte. Japan erzwang nicht nur die Bestrafung der „Schuldigen“ und eine feierliche Entschuldigung, sondern auch noch die Bezahlung einer ansehnlichen „Entschädigung“. Daraufhin erklärten die südhinesischen Kaufleute den Boykott gegen Japan, dem sich bald auch die anderen Teile des Landes angeschlossen. Das Ziel war:

für jeden Dollar Entschädigung den Japanern einen Schaden von 10 000 Dollar zuzufügen.

Obwohl das hochgesteckte Ziel nicht erreicht wurde, war doch der Verlust, den Japan erlitt, ganz beträchtlich. In den Monaten April bis Dezember 1908 sank die Einfuhr aus Japan, verglichen mit jener in den gleichen Monaten des Vorjahrs, um 10 Millionen Dollar oder um 31 Proz., nimmt man, wie notwendig, noch den britischen Hafen Hongkong und das japanische Buchtgebiet Kuangtung hinzu, sogar um 13 Millionen. Wohl kaufte China in diesem Jahre überhaupt weniger vom Ausland. Während aber der allgemeine Import nur um 2 Proz. zurückging, ging der Import aus Japan um fast 40 Proz. zurück.

Der Boykott des Jahres 1909 dauerte nur kurze Zeit und war weniger wirksam. Entstanden war er, wie jetzt, wegen japanischer Uebergriffe in der Mandchurei. 1915 stellte Japan die beachtlichen 21 Forderungen an China. Die Kunst der Lage, die Befreiung der an China mitinteressierten Mächte durch den Krieg rücksichtslos auszunutzen, erreichte Japan jene Sonderstellung auch in der Mandchurei, um deren Behauptung es jetzt kämpft. Der Boykott des Jahres 1931 ist die Fortsetzung des Boykotts von 1915. Vom Januar bis Juni 1915 verkaufte Japan in China um 18 Millionen weniger als im ersten Halbjahr 1914, ein Rückgang von 29 Proz. Nur die Abschmürung von den europäischen Märkten zwang die grenzenlos erbitterten Chinesen, den Boykott abzubrechen. Sie konnten damals japanische Waren längere Zeit einfach nicht entbehren. Als Japan in Versailles 1919, entgegen allem, was es versprochen hatte, die Rückgabe der Provinz Schantung verweigerte, brach ein neuer Boykott aus. 1919 war er zwar nicht imstande, die Einfuhr aus Japan zu verringern — es war die „Gründerzeit“ Chinas, die englischen Maschinenfabriken z. B. konnten gar nicht alle Bestellungen aus China ausführen, so viele waren es, und China mußte auch in Japan kaufen —, aber während die Gesamteinfuhr um 26,6 Proz. stieg, stieg die aus Japan nur um 3,4 Proz. Erst 1920 wurde der Boykott recht wirksam. In diesem Jahre nahm China um 33 Proz. mehr fremde Waren auf als im Jahre zuvor, aber um 7,2 Proz. weniger japanische. Der Verlust des chinesischen Marktes war für manche Zweige der japanischen Industrie nicht wieder gutzumachen. Japanische Zündhölzer hatten bis dahin China überschwemmt. Durch den Boykott entstand in diesen Jahren eine eigene

### chinesische Zündholzindustrie

und heute ist die Einfuhr von japanischen Zündhölzern ebenso zu Ende wie die einer Reihe anderer Waren, die von Chinesen damals unter dem Schutz des Boykotts zum erstenmal erzeugt wurden und seither weiter erzeugt werden. Nach kurzer Unterbrechung setzte 1921 ein neuer Boykott ein. Die Nachgiebigkeit Japans auf der Konferenz in Washington, wo es auf den Kauf aus der Kriegszeit wenigstens zum Teil verzichten mußte, wurde durch ihn zum mindesten sehr gefördert. Von 1919 bis 1921 war der Import aus Japan um 74 Proz. gestiegen, der Import aus Japan dagegen um 15 Proz. gesunken. Die Verluste der japanischen Wirtschaft waren enorm.

Das Jahr 1923 sah einen neuen Boykott und dementsprechend wieder ein Zurückgehen der Einfuhr aus Japan um 19 Proz. 1927 antwortete China auf das brutale Vorgehen der Japaner in Tientsin wieder mit seiner gewohnten Waffe, besonders energisch 1928 und 1929 anlässlich eines Zusammenstoßes in Tsinanfu. Kauf-

mannsgilden und Handelskammern, Gewerkschaften und Studenten, sie alle lehnten es ab, japanische Waren zu kaufen und zu befördern, sie ließen japanische Waren verbrennen oder verauktionieren und verwendeten den Erlös zur Agitation. Die japanischen Textilfabriken verloren jeden Monat mindestens eine Million Dollar. Sie verloren aber auch wieder ein Stück des Marktes. Denn

### wie bei jedem Boykott erstarkte die einheimische Industrie.

Mau hat behauptet, daß die Schäden des Boykotts für die Chinesen kaum kleiner seien als für die Japaner. Der Export nach Japan sinkt, die Zolleinnahmen gehen zurück, japanische, bereits bezahlte Waren werden unabsatzbar. Dennoch unterstützen immer wieder die chinesischen Kaufleute den Boykott. Nicht allein aus patriotischen Gründen — es wäre unrichtig, sie unterschätzen zu wollen —, son-

# Für 300 Millionen Schmutz.

## Die Edelmetall- und Schmuckindustrie. — Aus dem Nachlaß der Enquete.

Obwohl der Enqueteauschuß bereits den Schlußbericht über seine Arbeiten vorgelegt hat, erscheinen jetzt noch einige Teilsberichte. So wird im Verlage E. S. Mittler u. Sohn heute der Bericht über die deutsche Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie veröffentlicht. Die Untersuchungen konnten zwar nicht mehr bis zur letzten Klärung aller Einzelfragen durchgeführt werden, sind aber doch zureichend, einen Einblick in die Lage dieser Verfeinerungsindustrie zu geben.

Die deutsche Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie beschäftigte im Jahre 1929 etwa 48 000 Arbeiter und Angestellte in mehr als 3000 Betrieben. Der Produktionswert belief sich auf etwa 300 Millionen Mark.

Nach Abzug aller Ausgaben für Rohstoffe darf man den Netto-produktionswert (Wert, der durch die „veredelnde“ Arbeit dieses Industriezweiges geschaffen wird) mit 170 Millionen Mark annehmen. Das in dieser Industrie arbeitende Kapital ist gering; von dem Gesamtbetrage von etwa 175 Millionen Mark sind nur 35 bis 40 Proz. in festen Anlagen investiert.

Die zunehmende Mechanisierung begünstigt auch hier die Entwicklung zum Großbetrieb. Allerdings bestehen große Unterschiede in den einzelnen Gruppen:

### Juwelenschmuck wird nur in kleinen Werkstätten hergestellt.

oder in der Doubletschmuckgruppe finden sich große Fabriken mit mehr als 1000 Arbeitern. Für die Frage der Betriebsgröße und -organisation spielen die mindestens 3000 Helmarbeiter, die in Dörfern um die vier genannten Städte herum wohnen, eine besondere Rolle, die uns durch den Bericht nicht genügend geklärt scheint. Fest steht, daß die Heimarbeiter miserabel bezahlt werden (höchster Stundenlohn im Jahre 1925 für hochqualifizierte

dern auch, weil ein Monat Boykott so wirkt wie zwei Jahre Hochkonjunktur. Der Boykott trifft nicht bloß den Konkurrenten, er schaltet ihn zeitweilig ganz aus. Der Boykott fördert die Industrialisierung Chinas.

Japan suchte jedem Boykott durch zwei Mittel entgegenzuwirken. Das eine davon war Betrug. Japanische Waren trugen auf einmal die Aufschrift „Made in U.S.A.“, kamen auf den seltsamsten Umwegen nach China, schlichen sich als angeblich nicht japanisch über Hongkong ein. Das andere Mittel war und ist die Gewalt, und diese ist in einem solchen Wirtschaftskrieg nur wenig wirksam. Unter dem Druck Japans hat immer wieder die chinesische Regierung den Boykott verbieten müssen. Die Beförderung von Telegrammen, die den Boykott betrafen, wurde untersagt; man benützte Chiffren. Es wurde den Zeitungen untersagt, Aufrufe zum Boykott abzu- drucken; sie druckten den Text der 21 Forderungen ohne Kommen- tar, und das war der Kommentar. Keine Macht der Erde war imstande, die chinesischen Käufer zu zwingen, auf die Wahl zwischen japanischen und nichtjapanischen Waren zu verzichten. Auch der heutige Boykott wird nicht zu unterdrücken sein. Er mag unter- brochen werden. Er wird im Grunde so lange dauern, bis China Herr im eigenen Land ist.

Goldschmiede 0,68 Mark!), daß sie bei schlechter Konjunktur sofort arbeitslos werden und dann unter weiter verschärftem Lohndruck stehen (so im Jahre 1926), daß sie für die Kleinbetriebe eine ge- wisse Stütze sind, da diese ihre Spezialarbeiten von Heimarbeitern erledigen lassen.

Der Anteil der Löhne am Produktionswert macht durchschnittlich 33 Proz. aus.

Niedriger ist er bei Gruppen, die hochwertige Rohstoffe ver- arbeiten (18,5 Proz. bei Goldfetten); höher, aber stets unter 50 Proz., bei Gruppen, die billiges Rohmaterial verarbeiten (Doubletschmuck). Die Löhne in England, Schweden, Schweiz, in den Ver- einigten Staaten und wahrscheinlich auch in Frankreich sind höher als die deutschen.

Wenn also die Stellung dieses deutschen Industriezweiges auf dem Weltmarkt nicht mehr so günstig wie vor dem Kriege ist, dann liegt das keineswegs an zu hohen Löhnen, sondern — wie im Be- richt ausdrücklich festgestellt wird — an dem Ver- sagen der Unternehmer, die sich zu wenig und zu lang- sam auf den Bedarfswechsel zum unedlen Schmutz hin einstellten. Aber immer noch ist Deutschland führend am Weltmarkt; die deutsche Ausfuhr macht mehr als die Hälfte der Ausfuhr aller Länder zusammen aus.

Die Kartellbindung ist wegen der großen Zahl der Muster, wegen des raschen Modewandels und der geringfügigkeit des An- lagekapitals nicht stark. Es bestehen mehr oder minder lose Ver- einbarungen, nur die Silberwarenindustrie hat ein Preis- und Kon- ditionenkartell. Und bezeichnend genug: seit dem Jahre 1925, seitdem die Einfuhrzölle auf Silberwaren wesentlich höher als in der Vor- kriegszeit sind, liegen die Inlandpreise des Kartells etwa 25 Proz. über den Auslandspreisen.

## Was ist ein Generaldirektor wert?

### Vier Millionen Mark. — Eine dunkle Versicherungsgeschichte. — Wo bleibt das Aufsichtsamtsamt?

In dem großen Frankfurter Versicherungsprojekt gegen die Havag-Direktoren hat ein Zeuge ausgesagt, daß der Generaldirektor eines führenden Versicherungskonzerns eine Million Dollar in Gestalt einer Lebensversicherung erhalten haben soll.

Der Generaldirektor der Iduna-Germania-Versicherung, Walter Klein, hat sich durch diese Zeugenaussage getroffen gefühlt, und veröffentlicht hierzu eine Erklärung. Danach hat Generaldirektor Klein keine Lebensversicherung über eine Million Dollar erhalten. Herr Klein gibt aber zu, daß auf Grund eines Beschlusses der Aufsichtsräte seines Konzerns die angeschlossenen Gesellschaften zu ihren eigenen Gunsten auf das Leben des Generaldirektors eine Versicherung in Höhe von 4 Millionen Mark abgeschlossen haben. Alle Leistungen aus dieser Versicherung sollen einzig und allein den Konzerngesellschaften zugute kommen. Diese Versicherung ist angeblich nach amerikanischem Muster abgeschlossen worden, um dem Konzern im Falle des Todes des Generaldirektors einen gewissen Ausgleich für den Verlust der Arbeitskraft (!!) zu geben.

Diese Affäre mußt in der Tat mehr als merkwürdig an. Die Aufsichtsräte des Iduna-Konzerns werden der deutschen Öffentlichkeit doch nicht weismachen wollen, daß sie das teure Leben ihres Generaldirektors mit 4 Millionen bewerten. Unseres Erachtens handelt es sich hier um eine reichlich dunkle Angelegenheit, die das Reichsaufsichtsamtsamt für Privatversicherung schleunigst klären sollte.

Es liegt auf der Hand, daß hinter diesem Abschluß sehr reale Gründe stecken. Inwiefern Herr Generaldirektor Klein aus diesem Abschluß pekuniäre Vorteile gezogen hat oder ziehen wird, ist bei der komplizierten Anlage dieses Konzerngeschäfts nicht ersichtlich. Sowie ist aber klar, daß die Gesellschaft selbst durch eine entsprechende Erhöhung ihres Risikos die Passivseite ihrer Bilanz erheblich belastet, so daß hier eine glatte Verschleierung vor- liegt, denn nach der Aussage des Herrn Klein kommen alle Leistungen aus dieser Versicherung einzig und allein der Gesellschaft wieder zugute. Wir ermahnen jedenfalls, daß das Reichsaufsichtsamtsamt diese missliche Angelegenheit schnellstens untersucht und in das Dunkel dieser Affäre hineinleuchtet.

## Das hilflose Stahlkartell.

### Von Provisorium zu Provisorium.

Das Internationale Stahlkartell weiß sich in der jetzigen Krise keinen anderen Rat, als die bestehende und vor- schiedentlich bereits durchlöcherter Kartellorganisation von einer pro- visorischen Verlängerung zur anderen darzuzuschleppen.

So ist auch jetzt nach der Meldung der französischen Zeitschrift „L'Esine“ der Ausschuß der Gruppenvorsitzenden übereingekommen, die endgültige Neubildung des Internationalen Stahlkartells aufzuschieben, daß die internationale Wirtschaftslage gegenwärtig noch zu verworren sei. Man hat daher den Beschluß gefaßt, das augenblickliche Provisorium nochmals bis zum 31. Dezember dieses Jahres zu verlängern.

## Genossenschaftliche Selbstkritik.

### Das Jahrbuch der Schulze-Delitzsch-Verbände.

Der Deutsche Genossenschaftsverband, in dem die Schulze-Delitzsch-Genossenschaften vereint sind, hat jetzt sein Jahrbuch für 1930 (September bis August) veröffentlicht.

Das wesentlichste Merkmal dieses umfassenden Jahresberichtes ist eine sehr erfreuliche Selbstkritik an gewissen Entwicklungen und Schäden, die im Laufe der Krisenverschärfung auch bei den dem Verband angeschlossenen Genossenschaften zutage getreten sind. Zunächst stellt der Bericht fest, daß der Verlauf der Krise ge-

Milch ist keine Sahne —

und einfach gebrannte ungemälzte Gerste ist kein Malzkaffee. Und irgend ein Malzkaffee ist noch laager kein Kathreiner!

Bedenken Sie — der Gehalt machts!

zeigt hat, wie groß die Fähigkeit und Lebenskraft bei den gut geleiteten Genossenschaften ist. Wenn eine nicht unerhebliche Zahl von Genossenschaften den Verhältnissen zum Opfer gefallen ist, so haben bei der überlegenden Zahl dieser Zusammenbrüche die Voraussetzungen für eine vorsichtige Geschäftspolitik gefehlt.

Die Sanierung einer Genossenschaft, so stellt der Bericht fest, ist nur dann möglich, wenn alle Mitglieder bereit sind, an der Sanierung mitzuarbeiten und Opfer zu bringen. Das Kennzeichen bei den Zusammenbrüchen im Berichtsjahr war, daß bei den Vorarbeiten zur Sanierung in den meisten Fällen neben der Illiquidität große Verluste in Erscheinung traten, die hauptsächlich zum Zusammenbruch hingewirkt haben. Es haben sich Fälle ereignet, wo Genossenschaften noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit ansehnliche Dividenden an ihre Mitglieder auszahlten, und dann schon nach Ablauf weniger Monate ihre Zahlungsunfähigkeit erklären mußten.

Der Bericht stellt ferner nachdrücklich fest, daß die Vorschläge des Spitzenverbandes an die Kreditgenossenschaften, in den Geschäftsberichten eine Staffelfung der gewährten Kredite vorzunehmen, in heutiger Zeit notwendigerweise befolgt werden müßten. Die Zeit, in der einzelne Kreditgenossenschaften noch das vielgenannte „große Konto“ (einen Sammelposten) unterhalten, sollte eigentlich endgültig überwunden sein. Dies ist aber leider noch nicht der Fall. Es sei daher zu erwägen, gegen derartige Genossenschaften mit strengeren Zwangsmaßnahmen vorzugehen. In diesem Zusammenhang wird auch die Forderung nach einem weiteren Ausbau des Revisionswesens aufgestellt. Es sind einzelne Fälle vorgekommen, in denen man mit Recht von einem Versagen der Revision sprechen kann.

Zu der Frage der Zusammenfassung des genossenschaftlichen Kreditwesens bemerkt der Bericht, daß die Verhandlungen durch die wirtschaftlichen Ereignisse im vergangenen Herbst erneut in Fluß kamen. Der Bericht identifiziert sich mit einer Entschließung der maßgebenden Instanzen des Verbandes, die ein einziges zentrales Kreditinstitut und dementsprechend eine Beseitigung des bestehenden Dualismus fordert. Zugleich wird die Eingliederung der gesamten gewerblichen Genossenschaften in das Zentralkassensystem verlangt. — Für die Entwicklung der Organisation im Deutschen Genossenschaftsverband gibt das Jahrbuch Zahlen an, die inzwischen durch die Entwicklung überholt sein dürften. Bei den Kreditgenossenschaften hat das Betriebskapital Ende 1930 den durchschnittlichen Vorkriegsstand längst überschritten. Die gesamten Betriebsmittel belaufen sich auf rund 2 Milliarden. Der Umsatz belief sich auf 35,4 Milliarden. Die Warengenossenschaften hatten Ende 1930 ein Gesamtkapital von 261 und einen Warenumsatz von 941 Millionen. Die eigenen Mittel beliefen sich auf 87 Millionen.

### Unternehmer verlangen Schuldenmoratorium. Sie könnten bessere Vorschläge machen.

Siebenhundert Fabrikanten des Regierungsbezirks Arnberg in Westfalen verlangen in einer Eingabe vom Reichswirtschaftsminister ein gesetzliches Moratorium für die weiterverarbeitende Eisen- und Metallindustrie. Wirtschaftslage, Metallpreisturz und Pfundsturz hätten die verarbeitende Eisen- und Metallindustrie besonders schwer getroffen. Ein großer Prozentsatz der Eisen- und Metallfertigerbetriebe seien sozusagen konkursreif. Ein Moratorium für alte Schulden sei nötig, wenn man sich auch mit Ratenzahlungen zu bestimmten Fristen abfinden wolle. Wir zweifeln nicht, daß die Lage der verarbeitenden Eisen- und Metallindustrie sehr schwierig ist. Aber wenn diese westfälischen Fabrikanten vom Reichswirtschaftsminister bis auf weiteres die Aufhebung der Kartellbindungen, die Senkung der Eisenzölle, die finanzielle Bereinigung bei der Schwerindustrie, den Abbau des großagrarischen Brotwuchers und ein Ende des Lohnabbaues gefordert hätten, so würden sie mehr erreichen als mit dem Wunsch nach einem Moratorium. Sie hätten dann wirklich billigere Produktionskosten bei steigendem Umsatz, weil dann in Deutschland mehr verbraucht werden könnte. Zu solchen ganz klaren und wahrscheinlich nur im Interesse der verarbeitenden Industrie liegenden Forderungen fehlt den westfälischen Fabrikanten aber, die einst den guten Ruf einer liberalen und fortschrittlichen Wirtschaftsauffassung hatten, der Mut.

Türkischer Millionenauftrag für rheinische Waggonfabrik. Die Düsseldorfer Waggonfabrik Gebrüder Schöndorf L.-G. hat von der türkischen Eisenbahnverwaltung jetzt einen international scharf umkämpften Auftrag auf Lieferung von Personen- und Güterwagen erhalten. Der Wert dieses Auftrages beträgt mehr als 1 Million Mark. Die Zahlung für den in französischer Sprache abgeschlossenen Liefervertrag ist durch die Garantie einer führenden internationalen Bank sichergestellt. Der Auftrag gibt dem Wert die Möglichkeit, den gegenwärtigen Arbeiterstamm auf mehrere Monate hinaus zu beschäftigen.

## „HELLAS GEBURTSTAG“

DAS HOHE LIED VOM  
WARMEN WASSER IM HAUSHALT

4. NOVEMBER 1931  
PRACHTSÄLE AM MÄRCHENBRUNNEN  
NO., AM FRIEDRICHSHAIN 29-32

HAUSDIENTST  
BERLINER STÄDT. GASWERKE A.-G.

Beginn: 19<sup>30</sup> Uhr  
VERLOSUNG! KOSTPROBEN!  
EINTRITT FREI!

# Unter Friedensstand!

## Die Arbeiterin unter doppeltem Lohndruck.

Bürde die Lohntheorie der Unternehmer und ihrer Syndikate nur im geringsten zutreffen, so müßten die Industrien, die überwiegend Frauen beschäftigen, infolge der so sehr niedrigeren Frauenlöhne, in vollster Blüte stehen. Befremdlich ist das gerade Gegenteil der Fall. Die Folge ist jene groteske Erscheinung, daß die Arbeiterin im rationalisierten Betriebe aus sich die letzte Kraft herausholt, um möglichst viel zu erzeugen, während sie gleichzeitig in ihrer Lebenshaltung sich so einrichtet, um möglichst wenig als Käuferin aufzutreten. Sie ist in ihrer angeblichen Freizeit die eigene

### Schneiderin, Strickerin, Einmacherin, Färberin und Fälscherin der längst abgenutzten Wäsche und Kleidung.

Die Konsummittelindustrien erstickten in ihren Vorräten, warten auf die Abnehmer ... und drücken weiter die Löhne herab. Und die Einzelhändler tun desgleichen.

Was die Unternehmer eigentlich mit dem Lohnabbau meinen, hat die „Deutsche Bergwerkszeitung“ mit der ihr eigenen scharfmacherischen Kühnheit kürzlich verkündet. Danach müssen, wie es in einem Leitartikel „Jurid. u. Kapital u. Arbeit“ heißt, „die Löhne unter Friedensstand herabsinken, die Sozialleistungen abgebaut, die Arbeitszeit verlängert werden.“ Mit einem Worte, es muß immer mehr produziert und immer weniger konsumiert werden. Wie dieses Kunststück fertiggebracht werden soll, das haben uns die Zeitungsblätter des Lohnabbaus noch nicht verraten.

## Erwerbslosen-Feierstunde des Kreises Friedrichshain

Mittwoch, 4. November, 20 Uhr, Säulenhalle, Petersburger Straße 4. — Sprecher: Gen. Stadtrat Rosin. Elfenchor der weltlichen Schule, Andreasstraße. Genosse Klee: Aktuelle Kleinkunstbühne.

Wenn man bedenkt, daß der Generaldirektor des Siemens-Konzerns nach Zeitungsangaben das bescheidene Jahresgehalt von 800 000 Mark bezieht, während den Berliner Metallarbeiterinnen, die in Betrieben dieses Konzerns beschäftigt sind, der Tarifstundenlohn auf 54 Pfennig abgebaut wurde, so wird niemand behaupten, daß wenigstens die Wirtschaftsführer unter Friedensstand leben. Dagegen steht es leider fest, daß das Reallohneinkommen bei manchen Arbeiterinnengruppen bereits unter Friedensstand herabgesunken ist.

Das Statistische Reichsamt hat kürzlich die Hauptergebnisse der zweiten amtlichen Lohnhebung, die im September 1930 in der Textilindustrie durchgeführt wurde, veröffentlicht. Bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit der Textilarbeiterinnen von 42,2 bis 40,2 Stunden schwankte ihr durchschnittlicher Bruttowochenverdienst im Zeitpunkt der Erhebung, im September 1930, zwischen 21,4 und 29,5 Mark. Die Abzüge von diesen Bruttoverdiensten betragen bei den Arbeiterinnen nach den amtlichen Angaben 9 bis 10 Proz.

Und trotz dieser Glendlöhne wurden auch die Arbeiterinnen der Textilindustrie vom Lohnabbau nicht verschont. Vom September 1930 bis April 1931 wurden die Tariflöhne der Facharbeiter in der Textilindustrie durchschnittlich um 5,5 Proz. und der Hilfsarbeiter in der Textilindustrie um 5,2 Proz. gesenkt. Dabei waren, wie der Textilarbeiter-Verband feststellt,

### Akkordlohnföhrungen von 20 und mehr Proz. keine Seltenheit.

Es ist ein besonderes Verdienst der Bearbeiter der amtlichen Erhebung, daß sie den Realwochenverdienst der Textilarbeiterin im Verhältnis zu 1927 und 1913 unter Berücksichtigung der Abzüge und über die Indexziffer der Lebenshaltungskosten errechnen haben.

Zunächst ergab sich, daß der Realwochenverdienst der Spinnerin von 17,3 Mark im September 1927 auf 15,6 Mark im September 1930 herabgesunken ist, und

### der Realwochenverdienst der weiblichen Hilfsarbeiter betrug im September 1930 nur 13,2 Mark.

Wie mag jetzt im September 1931 der Realwochenverdienst der Textilarbeiterinnen nach dem Lohnabbau aussehen? Und immer noch sollen die Löhne abgebaut werden!

Wie sehr die Ueberausbeutung der Arbeiterinnen auf die Männerlöhne drückt, kann man daraus erkennen, daß der Realwochenverdienst der Spinnerin, die an der Spitze marschieren, im September 1930 — also vor dem großen Lohnabbau — mit 24,6 Mark errechnet wurde, und daß er nur um 1,3 Proz. höher lag als der Realwochenverdienst des Spinners im Jahre 1913. Man sieht, daß der Wunschtraum der Unternehmer, die Löhne unter Friedensstand herabzudrücken, in der Textilindustrie bereits im September 1930 vor dem Lohnabbau beinahe erfüllt war. Ja, bei den weiblichen Hilfsarbeitern der Textilindustrie hat man den kühnen Wunsch, die Löhne unter Friedensstand herabzudrücken, bereits im September 1930 erreicht, denn der Realwochenverdienst dieser Arbeiterinnen betrug

### bei 42,2-Stundenwoche lediglich 97,7 Proz. der Realwochenverdienste von 1913.

Es ist anzunehmen, daß inzwischen dieses Verhältnis nach erfolgtem Lohnabbau sich noch erheblich zuungunsten der Arbeiterschaft verschoben hat.

Die eben veröffentlichten Lohnangaben der „Wirtschaft und Statistik“ zeigen, daß von Oktober 1930 bis Juli 1931 die Löhne der Arbeiterinnen in der Metallindustrie um 5,9 Proz., der Facharbeiter um 5 Proz. und der ungelerneten männlichen Arbeiter um 5 Proz., der angelernten Männlichen um 5,6 Prozent abgebaut wurden. So wurde z. B. auf Grund des Schiedsspruches vom 6. März 1931 für die Großstadt-Metallindustrie in Bayern der Tarifstundenlohn auf 45,8 Pfennig abgebaut! Davon Schiedspruch vom 15. Januar 1931 wurden in der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes die Tarifstundenlöhne für sämtliche Arbeitergruppen um 4 Pfennig gesenkt, was einen Lohnabbau um 4,7 Proz. bei den gelernten Arbeitern, um 5,5 Proz. bei den ungelerneten männlichen Arbeitern und um 7,7 Proz. bei den Arbeiterinnen ausmachte, da ihr Stundenlohn von 51 auf 47 Pfennig herabgedrückt wurde. Dadurch wurde die an sich schon recht große Spanne zwischen den Frauen- und Männerlöhnen noch vergrößert. Gerade im Fall der Uhrenindustrie, wo die Arbeiterinnen auch wegen ihrer Eignung und Leistungsfähigkeit geschätzt werden, so daß die Uhrenindustriellen bei ihren Berechnungen im Enquete-Ausschuß sogar über Mangel an weiblichen Arbeitskräften klagen führten, hätte der Schlichter ganz besonders Anlaß gehabt, die Arbeiterinnen vor Lohnabbau zu schützen.

Kann zeigt es sich, daß die Unternehmer nicht nur die äußerst niedrigen Frauenlöhne abbauen, sondern noch mit der neuartigen Forderung auftreten, die an sich schon recht hohe

### Spanne zwischen den Männer- und Frauenlöhnen noch zu vergrößern.

So haben z. B. die Metallindustriellen der Pfalz das Lohnabkommen zum 30. September gelündigt und fordern u. a., daß der Prozentzuschuß für die Arbeiterinnen durchweg um 5 Proz. vergrößert wird. Diese Herabdrückung der Arbeiterinnen, deren Leistungsfähigkeit man so viel zuehnt, daß man sie mit Vorliebe auch für Männerarbeit verwendet, zeigt ganz kraß, wie sehr der Lohnabbau von Profit- und Nachgiebig diktiert wird und jeglicher volkswirtschaftlichen Vernunft Hohn spricht. Judith Grünfeld.

## Die Gefahr des Reichsbahnkonfliktes. Die Eisenbahner warnen.

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands hatte zu Sonntag seine Geschäftsführer und Ortsgruppenleiter in Mitteldeutschland zu einer Tagung nach Halle a. d. S. zusammengerufen, um die Stellung dieses wichtigen Bezirks zum Lohnkonflikt mit der Reichsbahn erneut festzustellen. Genosse Aeg. Wölle erlatete einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen und schloß die Bemühungen des Einheitsverbandes, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion um die Aufrechterhaltung der bisherigen Löhne im Reichsbahnbetrieb.

Einstimmig nahm die Tagung eine Entschließung an, in der es heißt:

Die bevollmächtigten Vertreter der Eisenbahner Mitteldeutschlands sprechen den Verhandlern ihr vollstes Vertrauen aus und verweisen nochmals eindringlich auf die wirtschaftlichen und politischen Verwicklungen, die dann entstehen, wenn sich etwa die Lohnabbauforderungen der Reichsbahn-Gesellschaft bei den neuen Verhandlungen durchsetzen.

### Protest der Eisenbahner Nordwestdeutschlands.

Der Bezirksvorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner für die Reichsbahndirektionsbezirke Altona und Schwerin und die Bevollmächtigten der größeren Ortsgruppen waren am Sonnabend in Kiel versammelt.

Auch hier wurde eine Entschließung angenommen, in der es am Schluß heißt: Die Verbandseitung wird von der Konferenz aufgefordert, jeden weiteren Lohnabbau abzulehnen. Die Mitgliedschaft steht zu jeder Gegenwehr bereit.

## Einzelhändler als Lohndrücker. Löhne sind „gebundene Grundstoffpreise“.

Kann eine andere Unternehmergruppe spürt am Umsatzrückgang so stark die verderbenden Folgen des Lohnabbaues wie der Einzelhandel. Nichts läge daher näher, als daß gerade die Unternehmer im Einzelhandel gegen den volkswirtschaftlichen Unfug des Lohnabbaues entschiedene Front machen und mit aller Kraft dahin wirken würden, daß mit dem Lohnabbau endlich Schluß gemacht wird.

Aber auch die Einzelhändler lassen sich widerstandslos von ihrer Spitzenorganisation zum Lohnabbau kommandieren. Kaum hatte sich das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels Dr. Tiburtius in der Industrie- und Handelskammer zu Berlin für eine „Senkung der gebundenen Grundstoffpreise“ ausgesprochen, unter denen er vor allem — man halte sich fest! — die „überhöhten“ Löhne und Gehälter aufführte, erhob auch schon der Arbeitgeberverband im Berliner Einzelhandel

# Einigung

mit der

## Trumpf = Schokolade

Der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Ortsverwaltung Berlin, teilt mit, daß unter Mitwirkung des Ortsausschusses Berlin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Aussprache mit der Trumpf-Schokolade stattfand, bei der es gelang, über die aufgetretenen Streitigkeiten eine Einigung zu erzielen.

Da nunmehr alle Differenzen beigelegt sind, ist gegen den Einlauf von Trumpf-Schokolade nichts mehr einzuwenden.

Berlin, den 29. Oktober 1931.

Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter  
Trumpf = Schokolade

prompt die Forderung nach einem Abbau der Löhne und Gehälter seiner Arbeiter und Angestellten um 10 Proz.

Wie die Lohnverhandlungen der vorigen Woche zeigten, beabsichtigen die Berliner Einzelhändler ihre Abbauforderungen zuerst bei den Arbeitern durchzusetzen. Allen Argumenten der Gewerkschaftsvertreter gegen den neuen Lohnabbau verschlossen sich die Unternehmer hartnäckig. Es wurde von der Verhandlungskommission der Handelsarbeiter darauf hingewiesen, daß in fast allen Betrieben die überarbeitsfähigen Zulagen radikal beseitigt worden sind und in einer ganzen Anzahl von Firmen bereits seit längerer Zeit stark verkürzt gearbeitet wird. Trotz der Lohnsenkungen und Arbeitszeitverkürzung müßte von den Handelsarbeitern fast ausnahmslos das gleiche Arbeitspensum bewältigt werden wie vor dem Lohnabbau und vor der Arbeitszeitverkürzung. In den nächsten Wochen werden erfahrungsgemäß noch viel größere Arbeitsleistungen verlangt, von den Unternehmern aber auch ganz ansehnliche Verdienste erzielt werden, so daß es unbegreiflich ist, wie gerade jetzt die Forderung nach einem neuen Lohnabbau erhoben werden kann.

Die Unternehmer blieben bei ihrer Weigerung, das Lohnabkommen der Handelsarbeiter über den 31. Oktober hinaus bis nach Weihnachten zu verlängern, sondern erklärten, nunmehr den Schlichtungsausschuss anrufen zu müssen. Der Schlichtungsausschuss erweist sich auch nicht zu Unrecht zur Zeit der größten Beliebtheit bei den noch vor wenigen Monaten so schlichtungsfeindlichen Unternehmern. Die Funktionäre der im Gesamtverband organisierten Handelsarbeiter haben in ihrer Versammlung, die zu dem Borgehen der Unternehmer Stellung nahm, ihre Verhandlungskommission beauftragt, vor dem Schlichtungsausschuss auf keinen Fall auch nur dem geringsten Lohnabbau zuzustimmen.

### Arthur Cool

London, 2. November. (Eigenbericht.)

Der Führer der englischen Bergarbeiter, Arthur Cool, ist im Alter von 46 Jahren gestorben. Cool war seit 1924 Sekretär der englischen Bergarbeitergewerkschaft. Während des Streits im Jahre 1926 erlitt er eine Beinverletzung, die im Januar eine Amputation des Beines erforderlich machte. In der Zwischenzeit hatte die eitrige Verletzung den ganzen Körper des Patienten stark in Mitleidenschaft gezogen. Cool mußte deshalb bald nach der Beinamputation und erfolgter Heilung das Krankenhaus wieder aufsuchen. Diesmal fast ohne Aussicht auf Heilung. Der Körper war bereits zu sehr vergiftet. Jetzt ist Cool sozusagen in den Selen gestorben.

Mit Cool ist in noch jungen Jahren eine der unstrittendsten Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung gestorben. Sein außerordentliches Redner Talent, seine unbedingte Hingabe an die Sache der Bergarbeiter hat ihm unter diesen trotz aller politischen Schwankungen große Sympathien gesichert. Cool hat sich vor allem durch sein Temperament zu Handlungen hincischen lassen, die er später, wenn auch oft zu spät, selbst berichtigte.

### Dr. Engel als Napoleon.

Das Waterloo steht dicht bevor.

Die Unternehmer im Berliner Kaffee- und Lebensmittelgroßhandel versicherten kürzlich vor dem Schlichtungsausschuss, daß sie, entgegen den Zusicherungen der Harzburger Front, nach wie vor Anhänger des Tarifwesens seien. Wie berechtigt das Mißtrauen der Gewerkschaftsvertreter gegenüber dieser Erklärung war, zeigt jetzt das rigorose Vorgehen dieser Unternehmer gegen ihre Arbeiter. Der Schlichtungsausschuss hatte beauftragt die Unternehmern im Kaffee- und Lebensmittelgroßhandel einen Abbau der Löhne ihrer Arbeiter um 4 und 5 Proz. zuzugestehen. Die Arbeiter haben den Schiedspruch abgelehnt. Die Unternehmer, die dem Schiedspruch zustimmten, gingen nun nicht etwa zum Schlichter, um den Lohnabbau schiedsrechtlich verbindlich erklären zu lassen, sondern wandten ein nach ihrer Auffassung schnelleres Verfahren an. Durch Rundschreiben hat der Arbeitgeberverband seine Mitglieder einfach angewiesen, von jetzt an nur noch die im Schiedspruch festgesetzten Löhne zu zahlen und den Arbeitern, die sich diesem Lohnabbauwidertät widersetzen, die Papiere zu geben.

Der größte Teil der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes zögert noch, diese Anweisung durchzuführen. Die Arbeiter der beiden Branchen, besonders aber die im Kaffeehandel, sind nämlich sehr gut organisiert und würden sich einem solchen Diktat nicht fügen. In den Betrieben, wo im Augenblick infolge schlechter Beschäftigung die Durchführung des Lohnabbauwidertät vielleicht gelingen würde, fürchten die Unternehmer, daß die nicht mehr tarifgebundenen Arbeiter gerade während der Weihnachtskonjunktur zum Gegenstoß ausfallen würden. Die Lage im Berliner Kaffee- und Lebensmittelgroßhandel ist durch das Vorgehen der Unternehmer sehr gespannt. Je nach dem weiteren Verhalten der Unternehmer kann es schon heute oder morgen zu ersten Arbeitskonflikten kommen. Die Unternehmer dürsten sich in der Lage, in die sie durch ihren unrühmlich bekannten Syndikus Dr. Engel hineingemantelt worden sind, nicht besonders wohlzufühlen.

### Theaterarbeiter und Theaterkrise.

Unter außerordentlich starker Beteiligung trat am Freitag in Darmstadt die Reichsstadgruppe Theater, Lichtspiele und Varieté des Gesamtverbandes zu ihrer ersten Reichstagung zusammen. Am Mittelpunkt ihrer Beratungen steht die Theaterkrise. Der Leiter der Tagung, Stützer-Berlin vom Gesamtverband, sprach über: „Die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkung auf die Theater.“

Bei der Bedrohung der Theater durch Sparmaßnahmen und Notverordnungen, so äußerte Stützer aus, darf nicht vergessen werden, daß die Bühnen eine kulturelle Mission zu erfüllen haben. Jedes Mitglied des Theaters, vom Prominenten bis zum letzten Arbeiter, muß an die Gesamtheit denken. Die Befestigung der Theaterkassen geht nicht, wie so oft behauptet wird, nur von den Kollektivgruppen aus. Die Kunst, Bantaffäre spricht ja eine zu berechtigte Sprache. Die technischen Gruppen der Theater sind bereit, Opfer zu bringen; sie fordern nur, daß die Opfer gleichmäßig verteilt werden. Die Ausgabe der Staatsverträge nach mancher Kürzung. Vor allem muß dem Unfug der Überstunden gesteuert werden. Ebenso läßt sich in der Beschäftigung einzelner Kunstfächer sparen. Die Ausstattung kann rationaler arbeiten. Der Bewerbsapparat ist vielfach unnötig aufgebauert.

In der Aussprache, an der sich vor allem Rehner aus Hamburg, Rammheim, Köln und Dresden beteiligten, wurde allgemein gefordert, daß im Theaterbetrieb mehr als bisher kaufmännische Grundzüge Platz greifen müssen. Dr. Rehrig sprach über das Thema: „Werden Rundfunk und Tonfilm die Sing- und Sprechbühnen verdrängen?“ Die Organisation erstreckt sich, wie Fischer-Berlin in seinem

Bericht mitteilte, auf 193 Theater (18 staatliche, 59 städtische, 27 gemischtwirtschaftliche, 24 Fachtheater mit städtischen Zuschüssen und 65 Privattheater) und 5200 Kinos. In diesen Betrieben sind rund 14000 Arbeitskräfte beschäftigt. Davon sind 8000 in der Reichsstadgruppe und 1000 anderweitig gewerkschaftlich organisiert. In den Theatern sind 85 Proz. der Arbeiter durch die Organisation erfasst. Höchst unbefriedigend ist das organisatorische Verhältnis in den Kinos.

In Fischers Vortrag wie in der sich daran anschließenden Aussprache wurden auch die Fragen der Arbeitszeit beleuchtet. Von Reuter-Berlin wurde vor allem gerügt, daß trotz der verbindlichen Zusage des Städtetages an städtischen Theatern Beschäftigungszeiten von weit über 48, ja, bis zu 66 Wochenstunden vorkommen. Hier Wandel zu schaffen, sei eine Hauptaufgabe des Verbandes. Für die Theaterarbeiter dürfe es kein Ausnahmerecht geben. Der Verband der Lichtspielvorführer und die planlose Ausbildung an den Vorführerschulen, die ein Heer von Erwerbslosen schaffe, wurden scharf kritisiert.

Dr. Günther vom Berliner Film- und Bildamt sprach nach Abschluß der Beratung der Organisationsfragen über die Technik der Filmherzeugung.

### Die schlesischen Weber wehren sich.

Beschluß der Konferenz.

Legniz, 2. November. (Eigenbericht.)

Am Sonntag tagte in Breslau eine außerordentlich stark besetzte Konferenz der Funktionäre und Vertrauensleute der schlesischen Textilarbeiterschaft und nahm zu den Kündigungen der Tarife durch die schlesischen Textilindustriellen Stellung. Einmütig wurde beschlossen, den Unternehmern die Forderung auf Wiederherstellung des Tarifzustandes, der vor dem 1. April d. J. Geltung gehabt hat, zu unterbreiten. Einmütig befandete die Konferenz ihre Treue zum Deutschen Textilarbeiterverband und gelobte, unter dessen Führung in den von den schlesischen Textilindustriellen herausbeschworenen Lohnkampf einzutreten.

### Eine Feststellung.

Fossil und die SWJ.

Genosse Fossil, Vorsitzender der Internationalen Künstler-Voge, schreibt uns:

Soeben nehme ich Kenntnis davon, daß in der ersten Ausgabe der „S. A. J.“, der Sozialistischen Arbeiter-Zeitung, Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, auf der vierten Seite ein Artikel „Künstlerischkeit“ mit meinem Namen und meinem Titel erschienen ist. Um Irrtümer zu vermeiden, erkläre ich folgendes:

Ich habe vor längerer Zeit auf Aufforderung einer Berliner Zeitungskorrespondenz den Artikel „Künstlerischkeit“ verfaßt. Dieser Artikel ist inzwischen in etwa 20 Zeitungen erschienen. Niemals habe ich der Zeitungskorrespondenz den Auftrag oder die Berechtigung gegeben, der „S. A. J.“ diesen Artikel zum Abdruck zur Verfügung zu stellen. Da der Eindruck erweckt werden könnte, ich gehöre nunmehr zu den Mitarbeitern der „S. A. J.“ oder wäre der SWJ. beigetreten, waise ich darauf hin, daß ich noch wie vor Mitglied der SPD. bin.

Im übrigen habe ich es stets grundsätzlich abgelehnt, meine persönliche, private, politische Überzeugung und Betätigung in Verbindung mit meiner Stellung als Vorsitzender der Internationalen Künstler-Voge zu bringen. Meine Organisation ist wie alle dem Allgemeinen freien Angestelltenbund angeschlossenen Verbände parteipolitisch neutral.

### Lohndruck im Friseurgewerbe.

Bis auf 25 Mark Wochenlohn.

Die 14 Innungen des Berliner Friseurgewerbes haben den Tarifvertrag mit der Gehilfenorganisation gekündigt, um die Löhne wiederum, und zwar diesmal gründlich zu kürzen, um 3 bis 10 Mark wöchentlich. Die jüngeren Gehilfen sollen 25 Mark Wochenlohn erhalten, die älteren Gehilfen 30 Mark und erst nach mehr als fünfjähriger Gehilfenszeit sollen 35 Mark gezahlt werden. Die Löhne der Friseurinnen sollen um 10 Mark gekürzt werden. Der Urlaub soll von fünf bis acht Tage auf drei bis fünf Tage herabgesetzt werden. Die Bedienungspreise sollen auf bessere Zeit hinübergerettet, die Löhne aber nahezu auf den Vorkriegsstand heruntergeschraubt werden. Die Eingangsverhandlungen vor dem Schlichter sind gescheitert.

Nach den Zusicherungen der Innungsvertreter ist ihnen an der Erneuerung des Tarifvertrages nichts gelegen. Die Herren sind sich offenbar nicht klar darüber, daß sie bei Löhnen, wie sie ihnen vorschweben, auch ihre Bedienungspreise ebenso gründlich herabsetzen müssen und bei Tariflosigkeit die gesetzliche achtstündige Arbeitszeit eingehalten werden muß.

Leider ist die Organisation der Gehilfen recht mangelhaft, da ein Teil der Gehilfen sich in Vereinen tummelt, die von manchen Meistern lieber gesehen sind als der Verband.

### Schiedspruch für die Speichereiarbeiter

Wie von uns bereits mitgeteilt, hatte der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses im Manteltarifstreit mit dem Verein der Speichereiarbeiter Groß-Berlins einen Vergleichsvorschlag gemacht, über den die Parteien nochmals verhandeln sollten. Der Vergleichsvorschlag sah eine Anzahl von Verschlechterungen der bisherigen Manteltarifbestimmungen vor, z. B. in der Urlaubsfrage, der Krankenzahlung, der Bezahlung von Überstunden, Nachtarbeit usw. In den nachmaligen Parteiverhandlungen konnten nur einige geringe Verbesserungen dieses Vorschlages, in den besonders strittigen Punkten aber eine Einigung nicht erzielt werden. Der Schlichtungsausschuss hat nunmehr einen Schiedspruch gefällt, der im wesentlichen dem bisherigen Verhandlungsergebnis gleicht. Die Entscheidung über diesen Schiedspruch trifft heute, Dienstagabend, eine Volksversammlung der Speichereiarbeiter.

### Passive Resistenz.

Im Telegraphen- und Telephondienst Oesterreichs.

Wien, 2. November. (Eigenbericht.)

Eine Konferenz der Telegraphen- und Telephonangestellten hat die Zeitung ihres Verbandes aufgegeben, im Laufe des Dienstaes wegen unbedingter Abzüge die passive Resistenz zu proklamieren. Die passive Resistenz soll in allen österreichischen Postanstalten durchgeführt werden.

SWJ.-Praktikum beim Reichsamt Kreuzberg, Donnerstag, 20 Uhr. Restaurant „Amal“, Stötter Str. 126, Reichsamtssammlung. Gemalte Ordnung über „Partei- und Gewerkschaft“.

Ranfmännliche Angestellte des SWJ. Heute, 19. Uhr, Althambro-Geißle (Kallerttheater). 13 Uhr, Bahn-Bannowstraße und Alexanderplatz. Kundgebung aller kaufmännischen Angestellten des SWJ.-Kongress. Rich Randtall, Leiter der Reichsstadgruppe für Wirtschaftspolitik, spricht über „Die Rolle des Kapitalismus“. Ueber „Die Vorgänge im SWJ.-Kongress“ berichtet J. Wühlmann, Vorsitzender des Gesamtverbandes, Vorsitzender des Sprechers unserer Augenbrücke. Einfluß gegen Firmenauflösung. Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin. Gotsd. Lang.

### Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute um 19.15 Uhr tagen die Gruppen: Spanbau-Wilhelmshof: Jugendheim Sportplatz Gieseburger Straße. Heimbesprechung, anschließend Rabarett auf Schallplatten. — Adlershof: Gruppenheim Adlershof, Blumendamm 1. Aufbau und Sagen der freien Gewerkschaften und des SWJ. — Schöneberg: Jugendheim Riederstraße, Postfach 1000 (Nahschulung im Keller). Heimbesprechung. — Prenzlauer Berg: Jugendheim Rindfleischstraße 48, Zimmer 5. Heimbesprechung. — Gewerkschaftshaus: Engländer 24-26, Saal 11. Geburtagstagsfeier. — Kreuzberg: Jugendheim Christburger Str. 14. Heimbesprechung. — Wedding: Jugendheim Wilhelmsstraße 6, 2 Treppen, Zimmer 11. Heimbesprechung. Ziel und Aufgaben. Prüfung der Verbandstätigkeit zur Kontrolle mit. — Reinickendorf: Jugendheim Gieseburger Str. 44. Heimbesprechung. — Prenzlauer Berg: Jugendheim Gieseburger Str. 18. Heimbesprechung. — Köpenick: Jugendheim Poststr. 22. Heimbesprechung. — Oranienburg: Jugendheim Karlshorst, Kreuzowallee 44 (Rant-Quelle), schon ab 19 Uhr. Heimbesprechung. — Kreuzberg: Jugendheim Gieseburger Str. 2 (am Bahnhof Kreuzberg). Heimbesprechung. Treffpunktabend. — Prenzlauer Berg: Jugendheim Rindfleisch Str. 48. Heimbesprechung. Verbandshauptversammlung. — Steglitz: Jugendheim Gieseburger Str. 14. Heimbesprechung. Jahrestagesfeier. — Köpenick: Jugendheim Bremer Straße. Heimbesprechung.

### Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Lichterberg: Wir besuchen die Versammlung des Werbedezirks. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Str. 18-19. Arbeitsgemeinschaft: „Die Stellung der heutigen Jugend zur Kultur, Theorie und bildender Kunst“. Leiter: Weißer. — Oranienburg: Wir besuchen die Versammlung des Werbedezirks. — Köpenick: Wir besuchen die Versammlung des Werbedezirks. — Der Sprech- und Bewegungsausschuss beteiligt sich an der Versammlung der Reichsgruppe „Metall“, Althambro-Geißle, Kallerttheater, 19. 19.15 Uhr.

### Aus der Partei.

Parteitag in Litauen.

Kowno, 2. November. (Eigenbericht.)

Nach Jahren konnte die Sozialdemokratische Partei in Litauen wieder einen Parteitag abhalten. Die Partei ist zwar nicht verboten, darf aber nur Mitgliederversammlungen veranstalten. Das Parteiblatt erscheint unter Vorsensur. Als Vertreter der Sozialistischen Arbeiterinternationale nahm Genosse Crispian an dem Parteitag teil. Die Politik der internationalen Solidarität löste minutenlang Beifallstürme aus. In langen Sitzungen beschäftigte sich der Parteitag mit der Revision des Parteiprogramms und des Organisationsstatuts. Das bisherige Programm, entsprechend unserem Erfurter Programm, wurde nach den Vorbildern des Linzer und des Heidelberger Programms den neuen Verhältnissen der allgemeinen Entwicklung angepaßt. Ueber die gegenwärtige politische Lage referierte Genosse Kairies. Das industriearme Litauen ist bisher von der Weltkrise ziemlich verschont geblieben, jetzt aber beginnt die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte zu sinken. Der Winter macht den Saisonarbeiten ein Ende. Man spürt deutliche Anzeichen einer Wirtschaft- und Finanzkrise. Es verbreitet sich die Auffassung, daß die Regierung durch eine leichte Milderung der Diktatur den Kreis der Verantwortlichen erweitern möchte.

Ein guter Geist des Opfertums und der Kampfbereitschaft brach immer wieder durch, vor allem, wenn die Genossen, die mit Todesurteilen und schweren Freiheitsstrafen verfolgt worden sind, den Faschismus anprangerten.

Die Verhandlungen des Parteitages wurden von Polizeibeamten protokolllarisch aufgenommen.

Als die Sekretärin der Partei, Genossin Pureniene, in ihrem Bericht die Tätigkeit der Feldgerichte mit der Arbeit von Gemeindegliedern in Zusammenhang brachte, drohte die Polizei, den Parteitag aufzulösen. Genosse Kairies wurde als Vorsitzender, Genossin Pureniene als Sekretärin wiedergewählt.

### Allgemeine Wetterlage.



Zwischen einem Hochdruckgebiet über dem südlichen Mittel-europa und einem umfangreichen Tief bei Island sind milde, ozeanische Luftmassen ostwärts vorgezogen und haben im größten Teil des Reiches einen merklichen Temperaturanstieg, in Norddeutschland teilweise auch stärkere Bewölkung und geringfügige Niederschläge hervorgerufen. Im Westen des Reiches fliegen die Temperaturen vielfach über 10 Grad, in München sogar auf 17 Grad Wärme. Bei der weiteren Verlagerung des Hochdruckgebietes nach Osten dürfte unser Bezirk bald in ein Gebiet heiteren bis wolkenlosen Himmels kommen, das am Montagabend Frankreich, West- und Süddeutschland überdeckt und das durch starke Erwärmung und Austrocknung der oberen Luftschichten durch absinkende Luftbewegung verursacht sein mag.

Wetterausblick für Berlin: Abgefahren von Morgen abwärts und ziemlich heiter, am Tage mild, südliche Winde. — Für Deutschland: Im Nordosten noch frühe und regnerisch, ansteigende Temperaturen, im übrigen Reiches trocken und vielfach heiter, am Tage mild, Nachfröste besonders im Süden.

Schutz gegen Grippe Halsentzündung und Erkältung Panflavin PASTILLEN

# Erling Kristensen: Gesetz und Leben

Mit nackten Füßen stand Ester auf dem Steinfußboden. Sie trug ihren fünfjährigen Leib mit dem Hemd und gähnte. Plötzlich schlug sie die Zähne zusammen und blickte an sich herunter. Sie presste die Hand unter die Brüste und hob sie hoch. Sie waren groß wie die einer erwachsenen Frau, nur etwas fester und runder. „Wo zum Teufel bleibst du denn nur?“ die Spitze eines Holzschuhes donnerte gegen ihre Tür.

„Sieh zu, daß du mit'm Kadaver aus'n Federn kommst!“ Instinktiv schlug Ester die runden Knie zusammen, griff nach dem Hemd, fuhr hinein und vergaß zu antworten.

Die Stalltür wurde hart zugedonnert, erst einmal — dann zweimal — ein Zeichen, daß die Butterpreise gefallen waren.

„Kadaver“, dieses Wort brannte in Esters Ohren. Etwas später, als Ester mit nackten Beinen und Holzpantinen durch das taufrische Gras nach den Rübenfeldern ging, war sie wütend.

Mit einem betauten Halm zwischen den Zähnen schwor sie, daß sie nicht länger zu Hause bleiben wolle. Sie wollte fort. Sie war wohl erwachsen genug. Sie riß den Halm entzwei, daß die Zähne schmerzten. Und nun hatte ihr Vater auch noch gesagt, daß sie oben auf dem Boden über der Schlafkammer wohnen sollte. Er hatte geschimpft, weil sie eines Abends mit dem Knecht des Nachbarn gegangen war. Richtig wütend war er gewesen, hatte durch die Zähne gezipft, genau wie an jenem Tage, als sie ihn dabei überraschte, wie er zwei Hunde, die eine etwas unanständige Stellung einnahmen, steinigte. Nein! Sie wollte nicht mehr zu Hause bleiben. Davor konnte keine Rede sein. Sie gelangte ins Rübenfeld und warf sich zwischen die Reihen. Ihr Rücken krümmte sich. Sie riß mit den Händen an den jungen Pflanzen. Sie krabbelte rückwärts vor, das Unkraut an sich reißend, wie ein großer schöner Käfer, der böse geworden war.

Ester hatte ihr Ziel erreicht. Da Bitten nicht halfen, war sie träge bei der Arbeit geworden, hatte gefaulenzt und so den Schlüssel zur Freiheit erlangt. Sie war unrentabel geworden — und alles, was sich mit diesem Begriff in Zusammenhang bringen ließ, löste bei ihrem Vater die tiefste Verachtung aus. Er hatte ihr selbst die Tür geöffnet und sie gehen lassen.

Jetzt war Ester weit weg von zu Hause. Eine ganze Meile. Sie sah mit dem Reckmeier zwischen den Knien und trällerte. Zwei spielerische Strahlen entrollten ihren geschickten Händen. Sie lehnte die Stirn gegen die Aue und strengte sich an.

In den beiden Eulern war nichts mehr — sie griff nach zwei anderen. Als auch diese leer waren, ging sie mit dem schäumenden Eimer davon. Die Aue, welche im Schein der untergehenden Sonne gedöht hatte, schlich herbei. Schnurrend schmeigte sie sich um ihre Beine. Die Milch floß geräuschvoll in den großen Eimer. Sie ergriff ihn mit einer Hand und setzte ihn in den Schatten. Fast schämte sie sich ihrer Kräfte.

Sie hing die Recktracht fort, nahm das Kopftuch ab und begab sich in ihre Kammer. Sie setzte sich auf den Betttrand und fischte aus ihrem Busen einen Brief heraus, der ganz warm war. Sie las, während ihre Augen strahlten. Sie tat den Brief wieder fort, riß sich die Bluse ab und wusch sich. Ach — und wie sie sich wusch — sie prustete und planschte im Wasser, daß es kieselnd über ihre Brüste lief, die sie mit einer Schulterbewegung in enge Verührung brachte. Sie lachte. Sie war ja so überwältigend, lebenssprudelnd froh.

Er sprach mit ihr wie mit einem richtig erwachsenen Mädchen. Er mußte nicht, daß sie an Jahren noch ein Kind, und das sollte er nie erfahren. Ja — wenn sie einmal verheiratet sein würden, dann würde sie ihm die Wahrheit wie eine süße Überraschung offenbaren. Ja! Eine liebe Überraschung würde das sein, denn es gab wohl nur wenig Männer, die sich aus alten Weibern etwas machten.

Sie lachte. Sie lockerte den Rock. Der Brief glitt unter dem Hemd herab, kieselte sie und fiel zu Boden. Sie nahm ihn auf, küßte ihn. Ach — wie war sie doch voller jauchzender, lodrender Freude — voller törichtem Lebensüberflang. Jeder Muskel vibrierte.

Sie putzte ihre Schuhe mit fliegender Hand. Dann warf sie sie hin und fuhr sich mit dem Kammdurchs Haar, schüttelte es mit zurückgeworfenem Kopf, um es dann wieder zu sammeln. Die kühle Hände griff die Luft in ihre Achselhöhlen. Keine Minute durfte verlorengehen. Sie sollte Jens unten bei der Pflanzung treffen. Sie vergegenwärtigte sich, mit welcher Geschwindigkeit sie die Bedale des Rades treten würde. Sie ließ das Haar los und betrachtete sich im Spiegel. Ihre eifrigen Füße trippelten bereits.

Tage darauf ging Jens pfelend an die Arbeit. Er führte den fünfjährigen Sohn seines Herrn an der Hand. Die beiden waren unzertrennliche Freunde, und besonders, nachdem Jens Ester kennengelernt hatte, konnten die beiden sich nicht mehr entbehren.

Der Knirps trabte plaudernd neben Jens her, dann gab er vor, müde zu sein, und mit einem festen Griff unter den Armen landete er auf Jens' Schulter. Jens machte ein paar Galopp-sprünge, der Kleine lachte und presste die Händchen um seine Stirn. Innerlich lachte Jens auch. Er, der früher so schwermütig gewesen war, lachte jetzt immer in seinem Innern.

Und er schufte. Machte Vorkarbeit bei den Rüben, beim Torf und was es sonst noch gab. Nur wenn er Ester treffen wollte, ließ er sich abends frei geben. Und wenn er dann heimkehrte, setzte er sich auf den Betttrand und stellte Zukunftsberechnungen an. Es ließ sich machen. Vielleicht schon im November.

Der Knirps auf seiner Schulter hipfte, schnalzte mit der Zunge und bearbeitete seine Rippen mit seinen kleinen Haken. Jens stellte sich vor, wie der Junge wohl aussehen würde, wenn er Ester ahnelte.

Er umfaßte die Hände des Kleinen — machte ein paar gewaltige Galopp-sprünge und lachte innerlich. Er lachte jetzt immer in seinem Innern.

Eines Tages — es war im September — war Ester bei ihren Eltern. Sie fühlte sich nicht wohl, und als sie essen wollten, überkam es sie plötzlich — sie mußte sich übergeben. Die Eltern sahen sich an; die Mutter erblickte, während den Vater Jorneströte überzog.

Er packte Ester beim Arm. „Passiert dir das öfter?“ Er schüttelte sie. „antworte Radel!“ Ester unterdrückte ein Aufstöhnen und nickte. „Satan!“ Er presste ihren Arm, daß es schmerzte, während sich sein Gesicht giftiggelb verfärbte, wie an jenem Tage, als er sich über die Hunde ärgerte.

„Ja — aber — Jens will . . .“ Ester brach in Tränen aus. „Nicht ein Wort mehr, oder ich schlag dir die Schnauze ein, verdammte Dorn!“

Er schulderte sie von sich wie einen Sack. Unter seinen Nägeln blieb ein wenig von ihrer Haut haften.

„Nimm deine Sachen und folge mir! Ich werde — zum Teufel noch einmal . . .“ Er stürzte hinaus und schob den Federwagen vor. „Ach werde zum Teufel noch mal . . .“

Er schirnte die Sattelgurte, daß die Pferde wieherten. „Ja — aber — Jens will doch . . .“ Ester wollte die Arme um den Hals der Mutter schlingen.

„Ich will nicht mit dir sprechen.“ Die Mutter entwand sich ihr und drehte ihr den Rücken zu.

„Kommst du, oder kommst du nicht!“ Der Vater froch auf den Wagen und raffte die Zügel.

„Ich werde zum Teufel noch einmal . . .“ Er durchbohrte Ester mit einem verächtlichen Blick, als sie von Tränen geblendet in den Wagen froch. Dann ergriff er die Peitsche.

## II.

Jens und der Knirps lagen süßlich vor der Scheune und feierten Sonntag. Jens stellte sich schlafend, während der Kleine ihn mit einem Halm in der Nase kitzelte. Jens nieste und der Kleine wälzte sich vor Freude im Gras, bis sich seine Augen mit Tränen füllten. Dann kam er wieder mit dem verdächtigen Strohhalm angelockt.

Der Hausherr tauchte an der Scheunenecke auf, blieb stehen und betrachtete die Spielenden, bis er selbst innerlich zu lachen anfing. Dann neigte er sich herab und pflückte einen Halm.

„Da drinnen ist einer, der dich sprechen will, Jens!“ Der Kleine, dem vor lauter Lachen die Tränen in den Augen standen, reckte sich aus dem Gras empor. „Ach — Ach —“ er schnappte nach Luft.

Jens erhob sich auf den Ellbogen. „Wer ist es?“ „Ich weiß nicht!“

Der Hausherr steckte den Halm zwischen die Zähne und ging denselben Weg zurück. Jens erhob sich und folgte ihm. Der Junge schob seine Hand in Jens' und trippelte mit. „Das wollen wir wieder spielen!“

Er bemühte sich, mitzukommen. „Ja!“ Jens blickte nach der Sonnenseite, er dachte an Ester und fing wieder mit der Berechnung an, die er schon hundertmal ausgerechnet hatte. Und er lachte innerlich. Er lachte jetzt immer.

Sie gingen auf das Steinhaus zu, das weißkieselnd in der Sonne lag. Jens dachte: in diesem Sommer haben wir ungewöhnlich viel Sonne gehabt.

Der Kleine lief voran und öffnete. Jens folgte ihm langsam. „Sind Sie Jens Poulsen?“ Ein dicker bebrillter Mann erhob sich von der Bank. „Ja.“

„Ich bin von der Staatspolizei — ich habe Ordre, Sie zu verhaften. Sie müssen mir folgen.“

Erst erblickte Jens, dann wurde er rot — und schließlich lächelte er: „Das muß wohl ein Irrtum sein.“

Der Beamte sah ihn scharf in die Augen. „Sie sind wegen Umgang mit Minderjährigen angezeigt.“

„Minderjährig?“ Jens' Gesicht nahm den Ausdruck maßlosen Erstaunens an, der sich von Minute zu Minute steigerte.

„Ja.“ Der Beamte hielt den Kopf etwas schief. „Sie haben

## V. Kellen: Rätsel der Urzeit

Einige Riesentiere der Urzeit mögen durch ihre Größe zugrunde gegangen sein, aber nicht bei allen kann diese Schuld daran gewesen sein, denn die größten Säugetiere, die Bala, leben noch heute, und auch unter Elefant sieht ja nur wenig hinter dem untergegangenen Rammut zurück. Allerdings ist zu beachten, daß je größer ein Tier ist, desto weniger Junge hat und desto langsamer diese heranwachsen. Während bei kleineren Tieren der Verlust einzelner Würfe oder Bruten nichts zu bedeuten hat, kann bei großen Tieren der Verlust der Jungen infolge Krankheit, Verfolgung oder dergleichen schon die Art ernsthaft bedrohen.

Die große diuiviale Eiszeit brachte für die Tiere einen furchtbaren Kampf ums Dasein und für viele den Todeskampf. Da der Klimasturz aber nicht auf einmal erfolgte, sondern langsam und von mehreren wärmeren Zwischenzeiten unterbrochen, so konnten immerhin einzelne Arten sich an die Kälteverhältnisse anpassen, falls es ihnen nicht möglich war, südwärts in wärmere Gegenden zu flüchten. Als nun das Eis wieder fortzuschmelzen begann, zogen ihm die Tiere nach, die sich der Kälte angepaßt hatten, und ihre Nachkommen blieben Bewohner der jetzigen hochnördlichen Polarzone. Aber auch das Rammut und das Wollnashorn sind zuletzt am Polarkreis auf dieser Wanderung erlegen.

Abgesehen von Katastrophen arbeitet die Natur mehr mit langsamen, kleinen Veränderungen. Doch müssen in einzelnen Perioden der Erdgeschichte diese Kräfte wirksamer gewesen sein als in anderen, denn nachdem am Ende des erdgeschichtlichen Mittelalters eine Menge artenreicher Tiergeschlechter untergegangen waren, sind am Anfang der Neuzeit wie mit einem Schloge völlig neue Arten entstanden.

Es gibt eine ganze Reihe von Fällen, in denen Arten, Familien, ja ganze Ordnungen ohne erkennbare Ursachen ausgestorben und durch andere ersetzt worden sind.

In dem Schiefergestein des damals noch vom Meere bedeckten Schwäbischen Jura sind eine Menge Ichthyosaurier erhalten. Sind ihre Leichen dorthin geschwemmt worden oder haben die sich fressenden Ichthyosaurier mit ihrer Beute dort den Tod gefunden? Diese großen Reptile des Meeres (bis 12 Meter lang) waren dem Leben im Wasser ebensogut angepaßt wie die heute noch lebenden Wale; jedenfalls besser als die Seehunde, und doch verschwand die Ichthyosaurier schon ziemlich lange vor dem Ende des Mittelalters der Erdgeschichte, die Ichthyosaurier um die Wende vom Mittelalter zur Neuzeit. Dagegen haben die Teleosaurier (vollkommene Echten) nach den Beginn dieser Neuzeit erlebt.

Da diese für den Kampf ums Dasein gut ausgerüsteten Geschlechter Meeresbewohner waren, hätten sie auch einer ungunstigen Wendung des Klimas leicht ausweichen können. Es ist auch nicht anzunehmen, daß ihnen keine ausreichende Nahrung mehr zur Verfügung stand, da sie in der Kost nicht wählerisch waren. Auch daß sie sich nicht weiter hätten entwickeln können, läßt sich nicht annehmen. So bilden die Ursachen des Aussterbens der Meeresdrachen immer noch ein ungelöstes Rätsel.

Hier bleibt uns nichts anderes übrig, als uns auf ein unbekanntes Geleis des Fortschritts zu berufen, wonach das Leben auf den Erden großer, langamer Tiere durch kleinere, intellektuell höher entwickelte hindereit. Die höher und besser organisierten Wesen triumphieren im Kampf ums Dasein.

Besahb jedoch irgendeiner Gruppe von Tieren eine vom Schicksal zugemessene beschränkte Lebensdauer beschaffen ist, weshalb einige Arten untergehen, wenn sie scheinbar ebensogut wie andere jetzt noch lebende ausgerüstet waren, wissen wir nicht, und wenn man behauptet, daß einmal eine Zeit kommt, in der das Reimpassiva keine weitere Teilungsfähigkeit mehr besitzt, so meint Frederic A. Lucas, man gebrauche da lediglich überflüssige Worte zum Ausdruck unserer Unkenntnis.

Unser heutiges Wissen von dem Aussterben der vorzeitlichen Tiere läßt sich dahin zusammenfassen: Einzelne Arten sind aus-

gestorben, weil sie ihre Entwicklung vollendet hatten und durch andere höherstehende Arten ersetzt wurden. Ob einzelne Arten durch widrige Verhältnisse in der Natur (Klimaänderung, Veränderung der Ernährungsverhältnisse, Katastrophen) oder durch feindliche Arten ausgerottet wurden, wissen wir in den meisten Fällen nicht. Andere mögen durch Seuchen untergegangen sein, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Wissenschaft noch genauere Anhaltspunkte gewinnen wird über die Ursachen der Massengräber, die Art der Seuchen, die schon in der Vorzeit ganze Tiergeschlechter vernichteten, und über das Leben der Keimwelt, die Bazillen der Umwelt, die dabei beteiligt gewesen sein mögen.

„Darf ich mich anders anziehen?“ kam es tonlos von Jens' Lippen.

Der Beamte wollte etwas erwidern. „Sie können ihn ruhig gehen lassen.“ sagte der Hausherr finster und bestimmt.

„Kaja.“ der Beamte wackelte ärgerlich mit dem Kopf. „aber beeilen Sie sich!“ — Jens schwankte hinaus. Als er über den Hof ging, schob sich eine kleine heiße Hand in die seine. Zwei kleine nackte Füße trippelten über die Steine des Hofes. In der Kammer war es dunkel. Auf dem Tisch lag das Buch mit der Rübenberechnung. Jens machte es zu. Er setzte sich auf den Betttrand und knöpfte die Hosenträger ab, die über dem Rücken hängen blieben. Jens dachte nach. Der Kleine krabbelte auf den Tisch und begann an Jens' Harmonika zu ziehen. Diese gab ihren höchsten, kreischenden Ton von sich — und dann den tiefsten — hohlschrumpfend wie eine Orgel.

Jens stand auf und öffnete das Fenster zum Garten. Er steckte ein Bein hinaus. „Ich will mit!“ Der kleine Junge rutschte bäuzlings vom Tisch herunter. Die Harmonika zog noch Luft ein, als Jens den Kleinen heraufhob. Sie trabten gemeinsam über die Felder. „Wo wollen wir hin?“ Der Knirps pustete ordentlich, um mitzukommen. „Wir wollen runter nach dem Lehmgraben — den großen Hecht fangen.“

„Wirklich — wollen wir?“ Der Kleine hoppste vor Entzücken. „Au — Au!“ Er blieb plötzlich auf einem Bein stehen; Jens blickte hastig nach dem Hof zurück. Dann entfernte er einen Dorn von dem Fuß des Kleinen. Seine Hände zitterten. Er mußte sein Taschenmesser zu Hilfe nehmen. Dann war der Dorn entfernt. Der Kleine lachte, als es überstanden war. Er blutete ein wenig. Jens saugte die Wunde aus, um sie zu reinigen. Dann gingen sie weiter. Sie kamen in ein Tal. Jens beugte sich über den Jungen. „Du bleibst hier und suchst Blumen für mich — ich werde dir den Hecht fangen.“ Er lächelte die prallen Backen des Knaben: „Lebe wohl, kleiner Christian! Sieh nur zu, daß du einen richtigen, großen Strauß pflückst, bis ich wieder heraufkomme.“ Jens' Herz schlug. Es hämmerte. Er starrte auf das mergelgelbe Wasser, über dem sich die Libellen mit klirrenden Flügel jagten. Unten in der Tiefe schwamm der große Hecht. — Jens blickte nach dem Jungen, der auf seinen kleinen, dicken Beinen zwischen den Blumen herumstolperte.

Zwei Männer kamen herbeigeeilt. „Jens nahm einen Anlauf, schloß die Augen — und — sprang. Der Junge hörte das Wasser plätschern. Er stief mit den Blumen unterm Arm.“

Als die Männer hinzukamen, stand er auf der Böschung und schwang die Blumen über seinem Kopf: „Er hat ihn — er hat ihn!“ Der Ruf verklang weit in den stillen Tag hinein. . . . (Einzig autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen von Marieluise Hennigke.)

## Ercio: Blutsauger in der Weinstube

„Geben Sie mir heute drei Stück! Bei diesem Wetter habe ich wieder große Beschwerden, und das letzte Mal wollte er gar nicht anbeißen.“

„Ich werde Ihnen heute einen ganz starken aussuchen; der beißt sofort an!“

Erstaut blickte ich von meiner Zeitung auf, hinter der vergraben ich in einer jener anheimelnden Weinstuben saß, wie man sie noch vereinzelt in einigen Häusern des aussterbenden Alt-Berlin findet. Der Kellner, der eben gerade mit einem Gefäß diese merkwürdigen Worte gemeldet hat, ist verschwunden und kommt nach einigen Minuten mit einem zugedeckten Glasgefäß wieder, auf dessen Boden sich drei feidischwarze, langgestreckte, schmedenartige Tiere ringeln: Blutegel.

Wer diese Sauger, einst unentbehrliches Requisite nicht nur des quacksalbernden Babers, sondern auch der hochgelahrten Medici, aus der Rüstkammer der medizinischen Wissenschaft verschwunden geglaubt hat, der hat sich getäuscht. Ein Zeitlang sah es freilich so aus, als bediente man sich anderer Mittel, um den Kranken das überschüssige Blut abzusaugen. Seitdem sich jedoch herausgestellt hat, daß der Blutegel beim Saugen auch eine Flüssigkeit absaugt, der man verschiedene Heilwirkungen zuschreibt, ist seine Wertschätzung wieder gestiegen.

Die einzige heute noch bestehende Berliner Blutegelhandlung, die im nächsten Jahre ihr hundertjähriges Jubiläum feiern kann, besand sich viele Jahrzehnte hindurch in der Stralauer Straße. Heute führt die Enkelin des Gründers, die Inhaberin dieser Alt-Berliner Weinstube, neben dem nahrhaften auch noch das blut-saugende Geschäft weiter, damit ich, um allen Irrtümern vorzubeugen, natürlich nur den Verkauf der Blutegel meine. Nicht aus Tradition allein; nein, das Geschäft geht wirklich nicht schlecht. Auf einen Verbrauch von 5 Millionen Blutegeln jährlich, wie vor hundert Jahren, werden wir es zwar wohl nicht mehr bringen. Aber in den letzten Jahren hat sich der Verkauf doch gehoben, und es werden annähernd hundert Stück an einem Tage verkauft.

Großvater Donner, der Gründer, besaß noch selbst eine Egelzucht. Heute importiert man die Tiere aus Ungarn, wo sie in großen Mengen gezüchtet und von dort, in feuchtem Torf verpackt, mit der Bahn verschickt werden. Hier hält man sie erst einmal volle zwei Jahre lang ohne Nahrung in einem verdunkelten Wassergefäß. Danach entwickeln sie naturgemäß einen gesteigerten Appetit auf eine Portion Blut. Der unfreiwillige Hungertüftler zeigt sich dann auch, sobald man ihn auf einen Menschen ansetzt, recht geizig; schmilzt er doch durch das gesaugte Blut auf das Dreifache seiner Größe an. Hat er sich sattgetrunken, so fällt er ab und hat seine Pflicht erfüllt.

Die Charité, zahlreiche Ärzte und viele Privatpersonen sind die Abnehmer der Egel. Bei hohem Blutdruck, Venenentzündung, Bein-schmerzen und anderen Beschwerden sollen sich gute Erfolge ergeben, und es gibt viele Stammkunden, die sich alle paar Wochen ihren Egel holen. Sie alle schwören auf die Erfolge des Blut-saugers, und sie behaupten, ohne diesen gar nicht mehr auskommen zu können. Die Schulmedizin scheint ihnen nicht unrecht zu geben. Alle Mittel werden wieder hervorgeholt, die man schon längst ins Korüstenkabinett der Medizin verbannt glaubte.

## Um die Miete des Sklarek-Hauses. Vernehmung des Bürgermeisters Schneider.

Zum Schluß der vorgestrigen Verhandlung im Sklarek-Prozess wurde Bürgermeister Schneider vernommen, der 1927 bei einem Vergütigen des Reichsverbandes deutscher Kaffeehausbesitzer die Sklareks kennendernie. Ihm wird vorgeworfen, Zahlungen für Waren an die Sklareks angewiesen zu haben, die überhaupt nicht geliefert worden waren. Etwasge Schwierigkeiten bei den Zahlungen Leo Sklareks habe Bürgermeister Schneider stets geordnet.

Der Angeklagte erklärt hierzu, daß er niemals etwas Rechtswidriges begangen habe. Die Sklareks hätten Anspruch auf diese Zahlungen gehabt. Hierzu erklärt Staatsanwaltsschreiber Dr. Weissenberg, daß es gar nicht auf die Rechtswidrigkeit der Handlung ankomme, sondern darauf, daß sich Schneider um Sachen gekümmert habe, die ihm in seinem Amte gar nichts angingen. Aus diesem Grunde habe er schon allein rechtswidrig gehandelt. Es handelt dann die Miete für das Bürohaus der Sklareks in der Kommandantenstraße zur Sprache. Schneider soll die Miete stets für angemessen gehalten und Mieterermäßigungen abgelehnt haben. Er soll sogar die pünktliche Einziehung der Miete sehr energisch betrieben haben. Als er aber die Sklareks kennengelernt habe, soll er Stadtrat Neundorf, den zuständigen Dezernenten, angewiesen haben, die Mieten zwecks Ermäßigungen nachzuprüfen. Auch habe er Stadtrat Neundorf veranlaßt, die Sklareks nicht zu mahnen, da es sich um eine solide, anständige Firma handele. Diese Angaben hat Stadtrat Neundorf bereits vor dem Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags bestätigt. Auch hier will Bürgermeister Schneider nur aus sachlichen Gründen gehandelt haben, zumal die Mieten letztlich gar nicht herabgesetzt worden seien.

Die Verhandlung wird am Dienstag vormittag um 9 Uhr fortgeführt werden.

## Misernte in der Tschechoslowakei. Drei Milliarden Kronen Ernteverluste.

Infolge der Wetterungunst dieses Jahres und durch eine Reihe von Naturereignissen hat die Ernte in der Tschechoslowakei ungeheuren Schaden erlitten; er ist nunmehr amtlich erfasst worden und beträgt rund drei Milliarden Kronen (8 Kronen = 1 Reichsmark). Die Weizenernte ist um 3,3 Millionen Hektarzentner oder 33 000 Waggons geringer, die Roggen-ernte um 50 000 Waggons, die Gerste um 22 830 Waggons, Hafer um 10 000 Waggons, Mais um 2300 Waggons. Der Ausfall für Getreide beträgt nach derzeitigem Preisstande schon 1718 Millionen Kronen. Durch den geringeren Anfall von Stroh gingen 500 Millionen Kronen verloren, bei Futtermitteln beträgt das Minus 720 Millionen, bei Rüben 250 Millionen, beim Hopfen 15 Millionen Kronen, alles im Verhältnis zum Vorjahre, das ja auch kein gutes Erntejahr war. Dabei ist aber der Schaden an der Flachs-, Wein- und Obsternie noch gar nicht berechnet.

## „Danke, hab schon!“

Vom Betriebsrat des Dieh-Verlages geht uns folgende Notiz mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Gerade jetzt im Zeichen politischer Hochspannung hat der Ruf: „Wo bleibt der zweite Mann?“ seine innerste Berechtigung. Über mehr noch als bisher sollte auch der Ruf ertönen: „Wo bleibt der zweite Literaturfreund?“ Die Partei sowie der Verlag haben beschlossen, für den Vertrieb der Parteiliteratur unter der Parole: „Wo bleibt der zweite Mann?“ eine Werbung für die Literatur der sozialistischen Auffassung zu veranstalten. Es ist heute sehr schwierig, Literatur unter die Massen zu bringen. Nur zu oft wird in den Versammlungen der Partei und Gewerkschaften den Genossen, die sich für die Werbung zur Verfügung gestellt haben, erwidert: „Danke, hab schon!“ Wenn dem so wäre, müßte manchmal die Auflage schon vergriffen sein, bevor sie in den Handel gelangt. Gewiß sind die Zeiten äußerst schlecht, der Abbau sowie Lohn- und Gehaltstürzungen auf der Tagesordnung, aber auch hier darf nicht vergessen werden, daß von dem Umsatz der Parteiliteratur die Existenzmöglichkeit vieler Genossen abhängt, sind doch auch die literarischen Erzeugnisse des Zentralparteiorgans Rüstzeug für den Klassenkampf.

Deshalb bitten wir die Genossen, trotz mancher Einschränkung auf das geistige Rüstzeug nicht — sondern nur im äußersten Falle — zu verzichten und die an dem Vertrieb Beteiligten zu unterstützen, indem man nicht sagen soll: „Danke, hab schon!“ sondern: „Bitte, das hab ich noch nicht!“

## Falscher Fürsprecher für Rußlanddeutsche!

Ein angeblicher Johannes Dantke oder Groß, der bisher als Bohner Stettin oder Frankfurt a. d. Oder zu bezeichnen pflegte, dort aber unbekannt ist, sucht rußlanddeutsche Familien in der Provinz unter dem Vorgeben auf, daß er ihnen Barunterstützungen aus staatlichen Hilfsmitteln und Siedlungsstellen beschaffen werde. Er tritt als Beauftragter oder Assistent des „Fürsorgereins für deutsche Rückwanderer“, Berlin, oder des „Zentralkomitees der Deutschen aus Rußland“, Berlin, auf und läßt sich als Untkostenzuschuß oder Mitgliedsbeitrag Geldbeträge bis zu 25 M. zahlen. Vor dem Mann, der anheimelnd auch die Rußlanddeutschen in Ostpreußen heimsuchen will, wird dringend gewarnt.

## Museum des Kindes in Hamburg.

Konseroator Schmitt von der anatomisch-biologischen Abteilung des Altonaer Museums hatte sich zur nebenberuflichen Lebensaufgabe gemacht, für Hamburg ein Museum des Kindes zu schaffen, in dem das Werden des Menschen im Mutterleib und während der ersten Lebensjahre dargestellt werden soll. In jahrelanger Arbeit hat der Schöpfer des Museums eine außerordentlich wirkungsvolle Konservierungstechnik ausgebildet, die es ihm ermöglicht, durch Farbinjektionen und andere Verfahren völlig neue Ergebnisse zu erzielen. So ist es Schmitt gelungen, das ganze Nervensystem eines Säuglings freizulegen. Weiter hat er ein Präparat „Das durchsichtige Kind“ geschaffen, das alle Teile des Kinderkörpers in ihrer normalen Lage zeigt. Das Museum wird voraussichtlich im kommenden Frühjahr, spätestens am 1. April, am Verchenfeld eröffnet werden.

August Vogel 40 Jahre in der Partei. Als einer der Ältesten aus der Zeit des Sozialistengesetzes kann der 67jährige Genosse August Vogel auf eine vierzigjährige Parteizugehörigkeit zurückblicken. Von dem Vertrauen, das ihm die Genossen und Kollegen entgegenbrachten, zeugen die ihm übertragenen Funktionen als Stadtverordneter in der Vorkriegszeit, als Beirat im Baugewerksbund, im Vorstand der Krankenkasse der Maurer usw. Die Bescheidenheit des Alters hindert ihn nicht, auch im Neudöller Kreis und in der Gewerkschaft nach sichtbar tätig zu sein. Wir wünschen Genosse Vogel, der in beschriebenen Verhältnissen lebt, einen ruhigen freundlichen Lebensabend.

# Wie siedelt man?

## Anregungen zur Notverordnung vom 6. Oktober 1931.

Um aber zu verhindern, daß in der Ausführung des Siedlungsgebührens falsche Wege eingeschlagen werden, geben wir einem Siedlungsbeamten Gelegenheit, der Öffentlichkeit Vorschläge für die Praxis zu unterbreiten.

Die vielen Hunderttausende von Landkolonisten und Schrebergärtnern in der Nähe der Städte zeigen und beweisen, daß auch der Städter für Gartenbau und Gartenarbeit leicht zu gewinnen und geeignet ist, wenn es sich um vorstädtische Kleinsiedlung handelt. Man gebe ihm deshalb soviel anbaufähiges Land in der Nähe der Städte und Dörfer, und zwar auf Erbbaupertrag zu geringem Pachtzins, daß es ihm ermöglicht wird, sich einen Zuschuß zu seinem Lebensunterhalt selbst zu erwerben. Als Korn gelte ein Morgen Land, das sind 2500 Quadratmeter, das zu diesem Zweck vollaus genügt, besonders noch, wenn für gute und leichte Bewässerung und für billige Düngemittel gesorgt ist.

Bei der Auswahl der Siedler muß ein bestimmter Prozentsatz von vorgeschulten Siedlern berücksichtigt werden, die bei der Bearbeitung des Bodens mit Rot und Lat behilflich sein können.

Die Baulichkeiten (Haus, Stall usw.) sind im freien Arbeitsverhältnis zu erstellen bzw. erstellen zu lassen.

Die notwendigen Materialien, das Arbeitsgerät, das erforderliche Saatgut und das Kleinvieh, die Düngemittel, sowie Futtermittel, Milch und Milchprodukte sind vom Staat zum Selbstkostenpreis zu liefern, und zwar solange, bis der Siedler auf eigenen Füßen stehen kann.

Die Herstellung der erforderlichen Wege muß ebenfalls im freien Arbeitsverhältnis geschehen; notfalls könnte man der Gemeinde auferlegen, öffentliche Mittel hierzu zur Verfügung zu stellen.

Die Wasserfrage, ohne deren Lösung keine Bodenkultur möglich ist, wird staatlich geregelt, entweder durch zahlreiche Brunnenanlagen oder durch Wasserzuteilung aus öffentlichen Werken, wobei zu beachten ist, daß der Preis pro Kubikmeter Wasser so niedrig gehalten wird, daß der Ertrag des Gartens nicht darunter

leidet. Zunächst soll jede Siedlung eine Beregnungsanlage haben.

Es sind nur feste Wohnhäuser mit Keller und großer Wohnfläche zu bauen, dazu die notwendigen Wirtschaftsgebäude. Der Bau von Holzhäusern ist wegen der Unwirtschaftlichkeit möglichst zu beschränken. Die Häuser müssen für eine vier- bis sechsköpfige Familie ausreichend sein. — Die Kosten des Baues werden in kleinen Monatsraten amortisiert. Alle zu leistenden Monatsraten müssen je nach Umständen gestundet werden.

Sogenannte „wilde“ und Primitivsiedlungen aller Art sind unter allen Umständen abzulehnen.

Radioanlagen halten die innere Verbindung mit der Außenwelt aufrecht.

In jeder größeren Siedlung muß eine Muster-Siedlung mit Siedlerschule vorhanden sein, die zugleich neben der Anleitung auch die Ueberwachung der Bohn- und Bodenkultur ausübt. — Der Siedlerschule muß eine Sanitätsabteilung angeschlossen sein.

Eine gemeinsame Einkaufs- und Verkaufszentrale sorgt für Lebensbedürfnisse der Siedler.

Für überfüllte Einzelsiedlungen muß Gelegenheit zur Vergrößerung der Siedlung vorhanden sein.

Wie durch Siedlungen die Bevölkerung und der Boden aufgelockert wird, so müssen auch die bestehenden behördlichen Vorschriften aufgelockert und dem Siedlungsgeboten großzügig angepaßt werden, ohne die notwendigen polizeilichen Sicherheitsvorschriften zu vernachlässigen.

Die einzelnen Siedlungsgesellschaften in Reich und Staat sind einer Reichszentrale unterzuordnen, um von hier aus einheitliche Propaganda, Beratung, Anleitung, Ueberwachung, sowie die Beteiligung behördlicher und finanzieller Schwierigkeiten durchzuführen.

Bei Verkauf der Einzelstelle hat die Siedlergenossenschaft das Vorkaufsrecht.

## Was sagt der Bär?



## Sprechchöre und Lautsprecher schallen-

Tiefstrahler leuchten — Prominente erscheinen —  
Prämien werden angekündigt — die Spannung wächst —  
die Jagd geht los — Rufe — Pfiffe — Höhepunkt der Nacht! —

Das ist das Berliner 6 Tage-Rennen, volkstümlich  
und aller Sympathien sicher wie

# Joseetti Juno

Berlins meistgerauchte Cigarette 0/M. - 6 Stück 20/-



# Die Wahlen von Mecklenburg.

## Die Katastrophe der bürgerlichen Parteien.

Die Wahlen in Mecklenburg bedeuten das Sterbeglücken für die bürgerlichen Parteien. Setzt man die bei den Amtsvertreterwahlen abgegebenen Stimmen in Vergleich zu den bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 abgegebenen Stimmen, so ergibt sich das folgende Bild:

	Amtsvertreterwahl vom 7. November	Reichstagswahl	Zu- bzw. Abnahme
SPD	71 100	83 600	- 12 500
KPD	21 400	18 900	+ 2 500
Nat.-Soz.	90 900	57 900	+ 33 000
Bürgerl. Parteien	39 800	86 700	- 46 900

Bei der Reichstagswahl wurden sozialdemokratische und kommunistische Stimmen abgegeben 102 500, bei der Amtsvertreterwahl 92 500. Dagegen bei der Reichstagswahl bürgerliche und nationalsozialistische Stimmen zusammen 144 600, bei der Amtsvertreterwahl aber nur 130 700. Es war also nichts mit dem Einbruch in die „marxistische Front“! Berücksichtigt man, daß bei der jetzigen Wahl die Wahlbeteiligung geringer war, so ergibt sich, daß sich am Kräfteverhältnis zwischen der „marxistischen“ und der bürgerlichen Front nichts Wesentliches geändert hat.

Die sensationelle Verschiebung, die diese Wahl gebracht hat, ist eine Angelegenheit des Bürgertums. Die bürgerlichen Parteien haben rund 47 000 Stimmen verloren, das sind fast 60 Proz.! Von diesen 47 000 Stimmen haben die Nationalsozialisten für sich rund 33 000 eingefangen.

Angeichts dieser Verschiebung bemüht sich die deutsch-nationale Presse, den Sachverhalt zu verdunkeln. Der Hugenbergsche „Tag“ schreibt:

„Die verschiedenen bürgerlichen Einheitslisten, die sich auch schon bei den Wahlen in Anhalt besonders für die Deutschenationalen als nicht günstig erwiesen hatten, lassen die Auswirkungen auf die einzelnen Parteien nicht erkennen. Die Deutschenationalen werden wiederum durch die Verbindung mit sterbenden Parteien auch an dem Verlust der gesamten bürgerlichen Front beteiligt sein, wenn auch nur in geringem Maße, da gerade in Mecklenburg Hugenbergs folgerichtige Politik Verständnis und begeisterte Gefolgschaft gefunden hat.“

Welch ein Trost für die Deutschenationalen, daß sie die eigene Katastrophe in der Gesamtkatastrophe der bürgerlichen Parteien verbergen können! Das klingt ganz anders als der Siegesjubel über nationalsozialistische Erfolge, den man sonst in der Hugenberg-Presse anstimmt! Der nationalsozialistische Bundesgenosse wird ihnen unheimlich! Was aber Hugenbergs folgerichtige Politik anbelangt, so hat sie bei den deutschnationalen Wählern in Mecklenburg wirklich begeisterte Gefolgschaft gefunden: sie sind in Scharen von Hugenberg weg und zu Hitler hingelaufen!

Die Sozialdemokratische Partei hat 2500 Stimmen an die Kommunisten verloren. Diese Tatsache begeistert die „Deutsche Zeitung“. Sie schreibt:

„Besonders erfreulich im Hinblick auf die bevorstehenden Entscheidungen in Preußen und im Reich ist, daß der unaufhaltsame Niedergang der Sozialdemokratie auch bei den Mecklenburger Wahlen zutage getreten ist. Die Sozialdemokraten haben in einigen Kreisen bis zu 40 Proz. ihrer Stimmen zum Teil an die Kommunisten und, wie es nach der vorläufigen Ergebnissen scheint, insbesondere in den Sandbezirken auch an die Nationalsozialisten abgegeben.“

Mit der sozialdemokratischen Stimmabgabe an die Nationalsozialisten war es nichts, wie das Gesamtergebnis zeigt. Daß die Stärkung der Kommunisten auf Kosten der Sozialdemokratie aber von der reaktionären „Deutschen Zeitung“ als besonders erfreulich bezeichnet wird — dies Wort sollen sie lassen stehen! Es sollte der Arbeiterschaft zu denken geben!

## Vergleich mit den Amtsvertreterwahlen.

Schwerin, 2. November. (Eigenbericht.)

Ueber den Ausfall der Sonntag-Wahlen zu den Amtsvertreterwahlen (Landkreistagen) gewinnt man ein den tatsächlichen Verhältnissen mehr gerecht werdendes Bild, wenn man die Ergebnisse der letzten Amtsvertreterwahlen vom Jahre 1928 zum Vergleich mit denen der am Sonntag heranzieht. Nach den bisherigen Erfahrungen sind bei den Amtsvertreterwahlen für die Sozialdemokraten immer 20 bis 25 Prozent weniger Stimmen abgegeben worden als bei rein politischen Wahlen. Gegenüber den letzten Amtsvertreterwahlen beim Vergleich berücksichtigt, so ergibt sich etwa folgendes:

In fünf Kreisen haben die Sozialdemokraten Verluste bis zu 5 Prozent erlitten. Im Kreise Malchin ist der größte Verlust mit etwa 30 Prozent vorhanden und im Kreise Wismar mit etwa 15 Prozent. Dagegen sind sozialistische Stimmengewinne in den Kreisen Schwerin mit 8 Prozent, Ludwigslust mit 15 Prozent, Hagenow mit 15 Prozent und Waren mit 5 Prozent festzustellen.

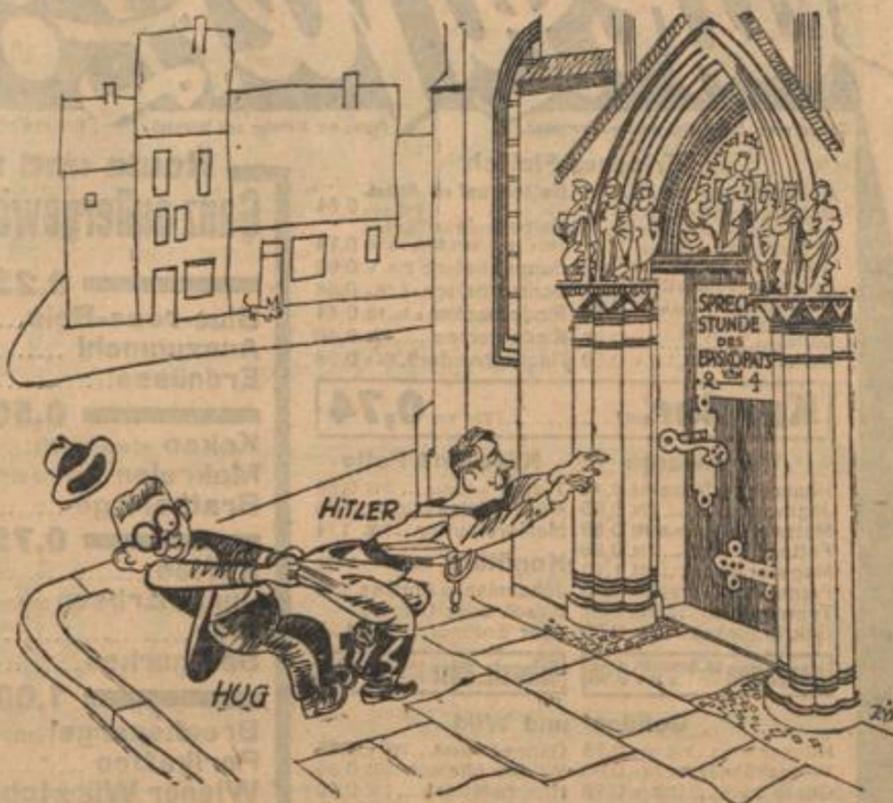
## Treu zur Republik!

Kassenkundgebung in Altenburg.

Altenburg, 2. November. (Eigenbericht.)

Am Sonntag fand eine imposante Kundgebung der Sozialdemokratie in Thüringen für Republik und Sozialismus statt. Ganz Altenburg prangte in den Farben der Republik und der Sozialdemokratie. 6500 uniformierte Reichsbannerkameraden marschierten in einem zweistündigen Marsch durch die Arbeiterviertel. Die Straßen Altenburgs waren mit Girlanden überspannt, die den Reichsbannerkameraden ein herzliches Willkommen boten. Die Altenburger Bevölkerung begrüßte die Reichsbannerkameraden begeistert. Überall erhielten sie als Zeichen der Liebe und der Sympathie Blumenpenden. Nach dem Marsch fand eine gewaltige Kundgebung auf dem Marktplatz statt, an der 25 000 Menschen teilnahmen. Für den verbindlichen Genossen Otto Weis sprach für den Parteivorstand Karl Ritzke und für den Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold der Genosse Pape-Ragdeburg. Die Kundgebung war ein imponantes Treuebekenntnis zur Sozialdemokratie. Die Massen stimmten begeistert in den Ruf auf die Republik und die Sozialdemokratie ein.

# Ein Kampf um Rom.



Hugenberg: „Mag, bleibe bei mir, geh nicht von mir, Mag!“

# Laval zurückgeführt.

Konferenz der Reparationsgläubiger in Biarritz.

Paris, 2. November. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Laval ist am Montagnachmittag um zwei Uhr nach Paris zurückgekehrt. Sämtliche in Paris anwesenden Minister, zahlreiche hohe Beamte, der polnische Botschafter und der amerikanische Geschäftsträger erwarteten ihn auf dem Bahnhof. Um vier Uhr nachmittags erstattete Laval dem Präsidenten der Republik über die Aussprache mit Hoover Bericht. Einer Meldung der Radio-Agentur zufolge, die einige Stunden vor der Ankunft Lavals in De Havre von Bord der „Me de France“ nach Paris übermittelt wurde, soll Laval die Absicht haben, die Reichsregierung um eine bündige Erklärung über ihre Pläne hinsichtlich des Young-Plans und des Zahlungsmoratoriums ersuchen zu lassen. Man erwartet, so heißt es in der Meldung weiter, daß Deutschland darauf bei seinen Gläubigern einen Antrag auf nachmalige Prüfung seiner Zahlungsfähigkeit stellt. In diesem Falle würde Laval für Anfang Dezember eine

## Gläubigerkonferenz nach Biarritz

einberufen, die, wie man hofft, vor Beginn der Abrüstungskonferenz und vor der Fälligkeit der Deutschland gewährten Kredite zu einem abschließenden Ergebnis gelangt.

Bei der Landung in De Havre gab Laval für den Rundfunk

folgende Erklärung ab: „Ich entbiete dem französischen Volke meinen Gruß. Ich bin sehr zufrieden mit der Reise, die ich soeben beendet habe, und ich spreche den Wunsch aus, daß sie gute Ergebnisse für den Weltfrieden zeitigen möge.“

## Was Hoersch Laval vorschlagen wird.

Der deutsche Botschafter in Paris, von Hoersch, dürfte dem französischen Ministerpräsidenten während der für Dienstag in Aussicht genommenen Unterredung u. a. vorschlagen, daß Deutschland bereit ist, 7 Milliarden kurzfristige Kredite innerhalb 10 Jahren in Jahresraten von je 700 Millionen Mark zurückzahlen. Ingesamt werden die schwebenden kurzfristigen Kredite auf rund 11½ Milliarden Mark geschätzt, davon laufen 4½ Milliarden entweder als Rembour-Kredite oder in einer Weise, daß sie sich den Stillhalteverhandlungen aus volkswirtschaftlichen Gründen entziehen müssen. Für die restlichen 7 Milliarden Mark aber muß ein Abkommen getroffen werden, das mit unserer Handelsbilanz und mit der Ausnahmefähigkeit der fremden Länder für deutsche Waren in Einklang gebracht werden kann.

## Hitlers Koalitionsschmerzen.

Dingeldey will den Anschluß nicht verpassen.

Die Gespräche über eine Koalition zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten eilen zweifellos den Ereignissen weit voraus. Es ist bekannt, daß der Reichskanzler Brüning an eine Zusammenarbeit mit Hitler in absehbarer Zeit nicht denkt. Brüning hat es bei den Verhandlungen mit dem Ausland ohnehin schon schwer genug, und man darf ohne weiteres glauben, daß ihn ein Grauen packt bei dem Gedanken, mit nationalsozialistischer Belastung über Stillhalteabkommen und Reparationsstundung verhandeln zu müssen.

Auf der anderen Seite haben auch die Nationalsozialisten keine Reue, vorzeitig ihr Spiel vor den Wählern aufzudecken. So hat dem Herr Alfred Rosenberg für seinen „Völkischen Beobachter“ einen Artikel geschrieben, in dem er die Forderung, die Hakenkreuzler sollten sich in eine Front mit dem Zentrum einschließen, als eine „unverfrorene Annahme“ bezeichnet. Herr Rosenberg versichert, daß seine Partei auf „irgendeine Weimrute“ nicht gehen werde.

Bei diesem Stande der Dinge wirkt es einigermaßen humoristisch, daß der Führer Dingeldey von der Volkspartei in einer Rede, gehalten zu Gießen, seinen Anspruch auf Beteiligung an einer Brüning-Hitler-Koalition schon angemeldet hat. Hierfür war offenbar der Wunsch entscheidend, sich noch schnell mit einigen Portfeuillees einzudecken, bevor das letzte Mandat verlorengegangen ist.

## Leon Blum warnt.

Dutschabsichten in Mitteleuropa.

Der französische Sozialistenführer Leon Blum weist im Pariser „Populaire“ auf die Dutschabsichten in Mitteleuropa hin. Von Ungarn sagt Blum, daß dort eine Diktatur des jetzigen Wehr-

ministers Gombös errichtet werden soll, um die Wiedereinführung Habsburgs vorzubereiten. Prompt hat darauf die Regierung in Budapest demantiert.

Weiter hat Blum erfahren, daß die Heimwehr, diesmal in ganz Ostösterreich, am 8./9. November putschen soll. Tatsache ist, daß dieser Tage Heimwehr und Hakenkreuzler in Graz eine gemeinsame Versammlung abgehalten haben, was jedenfalls eine starke Annäherung der beiden Faschistenlager beweist.

Leon Blum warnt vor einem nationalsozialistisch-legitimistischen Mitteleuropa und vor einer „Einheitsfront Hitler-Russland-Mustapha Kemal“.

## Unterhaus vollständig.

554 zu 61.

London, 2. November.

Mit den heute bekanntgewordenen Wahlergebnissen liegen nunmehr die vollständigen Zahlen über die englischen Wahlen vor. Von den 615 Parlamentssitzen, die zu vergeben waren, entfielen 554 auf die Anhänger der Nationalregierung, 50 auf deren arbeitsparteilichen Gegner und 11 auf unabhängige Liberale und Unabhängige. Kommunisten oder Mitglieder der „Neuen Partei“ Mosleys wurden nicht gewählt.

## Japan verhandelt nicht.

Trotz dem Völkerbund!

Tokio, 2. November. (Reuter.)

Die japanische Regierung erklärt, daß es ihr unmöglich sei, den chinesischen Vorschlag unmittelbarer Verhandlungen auf Grund der Entschliebung des Völkerbundsrats vom 24. Oktober anzunehmen.

Vor der Ratstagung hat Japan geradezu als „Rechtsgrund“ und Ziel seines Raubzuges erklärt, China zu direkten Verhandlungen bereitzumachen. Kaum empfiehlt der Rat solche Verhandlungen, lehnt Japan sie ab. Will der Völkerbund nicht zum Gespött werden, so kann er eine Regierung, die so das Recht hinter die Gewalt zurückstellt, nicht in seiner Gemeinschaft dulden.

Die Besiedelungs-Meldungen über eine bevorstehende Zahlungseinstellung Russlands werden von den zuständigen deutschen Stellen als grundlos demantiert. Eine Sowjetgeldsendung von 21 Millionen Mark ist zum Ausgleich der passiven Sowjethandelsbilanz bei der Reichsbank eingetroffen.

## Volkstüd im Deutschen Theater.

Vorwahl: „Geschichten aus dem Wiener Wald“.

Der Liebes- und Leidensweg der kleinen eigensinnigen Marianne, die heimlich im Dreck verkommt, weil sie ihr Herz an einen Halunken hängt, gezeigt in lebenswarmen wienerischen Stimmungsbildern, die das Publikum begeistert aufnimmt. Nur die gegen den Schluß zugespitzte Rührseligkeit enttäuscht. Neben vereinzelten Pfiffen konstanter Beifall.

